

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 25. Oktober 1930

34. Jahrgang

Nummer 43

Stellungnahme der freien Gewerkschaften zur Wirtschafts- und Finanzkrise

Der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes faßte auf seiner Tagung am 12. und 13. Oktober 1930 einstimmig folgende Entschliebung:

I.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Notmaßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht. Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar. Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Überwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gelockerte Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesauschluß es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Millionen Reichsmark Hauszinssteuergeldern dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig fließenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbaues umgestaltet wird, daß die stoffweisse Beanspruchung des Baumarktes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kre-

dite, beseitigt wird, und daß der Mieterschutz bis zu seiner Überleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrechterhalten bleibt. Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

II.

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben versagt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesauschluß fordert insolge dessen eine gesetzliche vierzigtägige Arbeitswoche so lange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Übergang die freierwerbenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Überstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Überstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Vorkasse, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesauschluß fordert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

III.

Angeichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährden.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Übernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuschalten.

Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser erneuten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Überwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

IV.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die freiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unvergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird auch diese Widerstände überwinden. (Siehe Bericht in der Beilage im vorliegenden „Steinarbeiter“.)

„Nur Mehrarbeit und Diktatur können uns retten“

Verantwortungslose Hege eines Großindustriellen

Wenn das Ergebnis der Septembertage Deutschland hart an den Rand einer Diktatur und in die große Gefahr eines Bürgerkrieges gebracht hat, dann verdanken wir diesen verhängnisvollen Zustand einer gewissen Verzweiflungskommunikation, die diese Wahlen beherrschte. Den entscheidenden Grund für das Aufkommen dieser verzweifeltsten Stimmung dürfte man in erster Linie in den ungunstigen Wirkungen der Wirtschaftskrise und in der Notlage breiter Volksmassen sehen. Ein beträchtliches Maß von Schuld für das Anwachsen der radikalen antiparlamentarischen Kräfte trägt aber auch die verantwortungslose Schreibweise gewisser Presseorgane. Und zwar sind es nicht nur die journalistischen Verdrehungen und Lügen sensationeller bürgerlicher Tageszeitungen, sondern die unglücklichsten Meldungen in der Unternehmerpresse, die zu den gegenwärtigen chaotischen Zuständen geführt haben. In welcher bitter und unverantwortlicher, man möchte sagen, wahnwütiger Weise in dieser Presse Stimmung gemacht wird, zeigt nämlich der Artikel eines Großindustriellen in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 12. Oktober d. J.

Die Lösung des Arbeitslosenproblems in Deutschland soll nach diesen Darlegungen eines der ersten deutschen Industriellen wie folgt gefunden werden:

„Eines ist absolut sicher, nämlich, daß es in zwei Jahren keinen einzigen Arbeitslosen mehr geben würde, wenn die vorhandenen 70 000 Arbeitersekretäre verschwinden würden und dafür die Wirtschaft nur von einem einzigen Menschen geführt werden könnte, der unbekümmert um politische Sonderinteressen, seinen geraden Weg ginge. Dabei würde dieser Führer es nicht einmal nötig haben, die Löhne und Gehälter in ihrer Totalität zu ändern. Die Ausgaben für Soziallasten würden durch Verschwinden der Arbeitslosen von selbst ermäßigt werden. Der Führer würde von dem Volk nur eine höhere Leistung verlangen müssen, wie sie einzig und allein durch Verlängerung der Arbeitszeit zu erzielen wäre.“

Was soll man zu diesen Darlegungen sagen? Zunächst muß man feststellen, daß es eine gemeine, bodenlose Lüge und Frechheit ist, zu behaupten, in Deutschland gäbe es 70 000 Gewerkschaftssekretäre. Ungefähr der zehnte Teil, also etwa 7000 dürften es höchstens sein. Die freien Gewerkschaften, die 1929 über 4,9 Millionen Mitglieder zählten, verfügten im letzten Jahr — einschließlich der weiblichen Hilfskräfte — über rund 4500 Angestellte. Auf 1000 Mitglieder kommt demnach, gut gerechnet, eine angestellte Person. Wenn man nun bedenkt, daß die freien Gewerkschaften im letzten Jahre allein 545 000 Rechtschutzfälle zu erledigen, 4244 Lohntarife

und 251 Millionen Reichsmark an Einnahmen zu verwalten hatten, dann dürfte ein weiterer Kommentar zu diesem Sachverhalt überflüssig sein.

Aber nachdem einer der ersten deutschen „Wirtschaftsführer“ es für notwendig befunden hat, die Existenzberechtigung der Gewerkschaften in Erwägung zu ziehen, sei eine Gegenfrage gestattet: Warum sollen ausgerechnet die Gewerkschaften bzw. ihre Funktionäre verschwinden und die Unternehmerorganisationen bestehen bleiben? Oder ist es einem der „ersten“ Industriellen in Deutschland nicht bekannt, daß es einen Reichsverband der deutschen Industrie gibt, dem 1730 wirtschaftspolitische Unternehmerverbände angehören? Ist es dem Artikelreiber nicht bekannt, daß daneben eine Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände existiert, die 3000 sozialpolitische Unternehmerverbände umfaßt? Wieviele Sekretäre und Syndizi diese Tausende von Unternehmerverbänden beschäftigen, ist uns nicht bekannt. Wahrscheinlich ist aber, daß es weit mehr Unternehmersekretäre als Arbeitersekretäre gibt und daß erstere ein weit höheres Einkommen als letztere beziehen. Wenn also das ganze Organisationswesen ausgeräumt werden soll, warum will dann der radikale Unternehmer nur die Arbeiterorganisationen beseitigen? Die ganze wirtschaftspolitische Weisheit des Herrn Großindustriellen entpuppt sich entweder als grenzenlose Naivität oder als gemeine Demagogie. Die vorstehenden Äußerungen des Industriellen sind deshalb kritisch betrachtet nicht ernst zu nehmen, weil zunächst der Ausgangspunkt völlig unrichtig und unehrlich ist.

Man könnte deshalb diesen Propheten, wie so manchen anderen Ankläger, ruhig übergehen. Doch sehen wir noch kurz, welche Bedeutung den sachlichen Darlegungen betr. die Verlängerung der Arbeitszeit innewohnt. Dazu wird in dem Artikel ergänzend noch bemerkt:

„Gewiß, ich erkenne an, daß die Gewerkschaften mit ihren 70 000 Gewerkschaftssekretären und Agenten die Vertretung der Arbeiter in Händen haben, und ich kann durchaus verstehen, daß sie als solche sich bemühen, von dem Ertragnis der Arbeit einen möglichst hohen Prozentsatz für die Arbeiter zu sichern. Jeder vernünftige Mensch wird ihnen dieses Recht zugestehen. Das verdrößliche an der Sache ist nur, daß sich die Herrschaften um das Ertragnis der Arbeit gar nicht kümmern. Sie betrachten diese Seite der Wirtschaft so, als wenn sie vollständig nebensächlich wäre. Ihr einziges Ziel ist, bei möglichst kurzer Arbeitszeit möglichst viel Lohn herauszuholen. Ihnen kommt der Gedanke gar nicht, mit dafür zu sorgen, daß der Topf gefüllt wird.“

Zur Rechtfertigung und Begründung dieses ungeheuerlichen Werturteils über die gewerkschaftliche Stellung zur Wirtschaftspolitik verweist der industrielle Anonymus auf ein Beispiel aus dem Bergbau. Er weist darauf hin, daß Deutschland trotz riesiger Halbenbestände an Kohlen in diesem Jahr erhebliche Mengen englischer Kohle eingeführt habe. Daraus schlußfolgert er, daß, wenn die deutschen Bergarbeiter bei gleichem Lohn eine Stunde länger arbeiten würden, das englische Kohलगeschäft unmöglich sei. Diese Notwendigkeit der Mehrarbeit verhandelt aber die Gewerkschaften durch ihre Arbeitszeitpolitik. Was für den Bergbau gilt, sagt er weiter, sei auch für die übrigen Industrien maßgebend.

Dazu ist kurz folgendes zu bemerken: Deutschland führte schon in der Vorkriegszeit aus Großbritannien über 9 Millionen Tonnen Kohle ein, also zu einer Zeit, in der es noch keine Tarifverträge gab. Diese Einfuhr ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die englische Kohle in den norddeutschen Küstengebieten billiger gehandelt wird, weil dahin vor allem die Transportkosten für den englischen Bergbau niedriger als für den deutschen sind. Im letzten Jahre betrug die Kohleinfuhr aus Großbritannien aber nur 5,3 Millionen Tonnen, war also bedeutend niedriger als 1913. Dieses relativ günstige Verhältnis ist dadurch möglich geworden, daß infolge der Rationalisierungsmaßnahmen der Ruhrbergmann pro Schicht heute 42 Prozent mehr leistet als früher, obwohl die Schichtzeit um eine halbe Stunde verringert worden ist. Die arbeitsmarktpolitischen Folgen dieses gesteigerten Leistungseffektes sind, daß allein im Ruhrbergbau die Belegschaftszahl von 426 000 im Jahre 1913 auf 327 000 im Juli d. J. gesunken ist. Durch die Rationalisierungsmaßnahmen sind also die Produktionsweise und Beschäftigungsstruktur völlig verändert worden, ähnlich wie in der deutschen Steinindustrie. Anstatt nun daraus den Schluß zu ziehen, daß die Arbeitslosigkeit nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit beseitigt werden kann, fordert man genau das Gegenteil — eine Verlängerung der Arbeitszeit.

Das Tollste von den Darlegungen aber ist, daß man zum Schluß betont:

„Es ist Zeit, daß wir zur Selbsthilfe greifen; wir können den falschen Propheten das Steuer nicht weiter überlassen. Die Führung der deutschen Wirtschaftspolitik gehört in die Hände eines politisch nicht beeinflussten Mannes, der die Zusammenhänge nicht nur mit klarem Blick erkennt, sondern auch gewillt ist, aus seiner Erkenntnis die praktischen Schlussfolgerungen zu ziehen.“

Ein Diktator soll also das unsinnige Rezept des großen Unbekannten verwirklichen. Wenn die „Bergwerkszeitung“ diese Darlegungen als besonders beherzigenswert hinstellt, dann werden die Gewerkschaften diese Mahnung gern erfüllen. Wenn nämlich die kapitalistischen Wirtschaftsführer in einer Zeit, in der wir 3 Millionen Erwerbslose haben, keinen anderen Ausweg wissen, als eine Verlängerung der Arbeitszeit zu proklamieren, dann ist es wirklich Zeit, daß sie verschwinden.

Der Berliner Metallarbeiterkampf

Die Berliner Metallarbeiter stehen in einem folgenschweren Kampf. Nachdem die Regierung einen Gehaltsabbau von 6 Prozent in Aussicht genommen hatte, meldeten sich sofort Stimmen aus dem Unternehmerlager, daß dieser Gehaltsabbau in der privaten Wirtschaft seine Fortsetzung finden müsse. Flugs faßte auch der Reichsverband der Deutschen Industrie einen Beschluß, daß in Fortführung des Regierungsprogramms ein allgemeiner Lohn- und Gehaltsabbau vorzunehmen sei. In der Berliner Metallindustrie schwebten bereits Verhandlungen. Die Unternehmer forderten einen Lohnabbau von nicht weniger als 15 Prozent. Die Angelegenheit wurde einer Schlichterkammer übergeben. Das Reichsarbeitsministerium nahm nicht den zuständigen Schlichter für Berlin, den Genossen Rudolf Wissell, sondern bestellte einen Sonderschlichter, Dieser Herr hat den Hoffnungen, die man auf ihn gesetzt hatte, voll auf entpfanden. Er hat sich für einen Lohnabbau von 8 Prozent entschieden. Die alten Löhne sollen bis zum 3. November bestehen bleiben. Selbstverständlich konnten sich die Berliner Metallarbeiter eine derartige Brüskierung nicht gefallen lassen. Ihre Vertrauensleute nahmen zu dem Schiedsspruch Stellung und lehnten ihn einmütig ab. Eine in den Betrieben vorgenommene Urabstimmung hat mit überwältigender Majorität in dem gleichen Sinne entschieden. Der Streik wurde damit perfekt. Etwa 140 000 Arbeiter sind daran beteiligt. In der gegenwärtigen Situation hat der Berliner Metallarbeiterkampf über den Rahmen eines lokalen Streiks Bedeutung. Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat zu dem Schiedsspruch folgende Entscheidung angenommen:

In dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterkraft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Verurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruches versucht wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzuzwingen.

Die gesamte deutsche Arbeiterschaft wird den Berliner Metallarbeiterkampf als den ihrigen mit großer Anteilnahme verfolgen. Die Organisationsverhältnisse der Berliner Metallarbeiter sind allerdings nicht die besten. Zur Durchführung der Abwehraktion kommt noch erschwerend hinzu, daß die Kommunisten bei diesem Kampf versuchen, ihr Parteiapparat zu fördern. Wie dem aber auch sei: die Arbeiterschaft steht hinter den Berliner Metallarbeitern. Hier wird eine Machtprobe ausgetragen, die über den Lohn des deutschen Arbeiters mit entscheidet.

Was leisten die Gewerkschaften für den Arbeiter?

Rund 14 Millionen Mark beträgt 1929 pro Woche die durch die freien Gewerkschaften erkämpfte Lohnerhöhung.

In ihrer 50jährigen Entwicklung haben die Gewerkschaften so manchen heftigen Sturm erlebt, ist ihnen nichts erspart geblieben. Aber noch in keiner Periode ihres Bestehens sind sie mit so heftigen und schmerzhaften Angriffen bedacht worden, wie in der augenblicklichen Zeit. Die einen, die es immer noch nicht überwinden haben, daß es mit dem Herr-im-Haus-Standpunkt engstirnig vorbei ist, machen die Gewerkschaften auf Grund ihrer Lohnpolitik für die schlechte Lage der Wirtschaft verantwortlich. Nach Ansicht der anderen, der denkfaulen und ultraradikalen aus dem Lager des Proletariats, verraten die Gewerkschaften dauernd die Interessen der Arbeiter an das Kapital. Würden aber die deutschen Unternehmer den Ratsschlüssen der Gewerkschaften folgen, dann wäre es mit dem Niederkommen der Wirtschaft bald vorbei. Wenn die A.D. weniger auf die Zerschlagung der Einheit des Proletariats bedacht sein würde, könnte sicherlich die Macht der Arbeiter nutzbringender im Interesse der arbeitenden Bevölkerung angewandt werden.

Da nun heute allorts auf das gewerkschaftliche Konzertum geschimpft und gesücht wird, jeder Unberufene sich Kritik erlaubt, ist es angebracht, einmal zu fragen, was die freien Gewerkschaften eigentlich leisten; was haben sie z. B. in bezug auf die Lohngestaltung in der letzten Zeit getan. Greifen wir das Vorjahr heraus.

Lohn und Arbeitszeit sind die Hauptfragen des Arbeiters. Von der Höhe seines Lohnes und seiner Arbeitszeit hängt einmal der Grad seiner Lebenshaltung, die Gestaltung seiner kulturellen Lage schließlich ab. So ist für die Gewerkschaften der Kampf um besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit immer noch die wichtigste Tagesaufgabe. Ihr Handeln dreht sich ständig um die Verbesserung der Lage der Arbeiter. Wie äußert sich nun praktische Gewerkschaftspolitik?

Die freien Gewerkschaften haben im Jahre 1929 beträchtliche Lohnsummen erkämpft, und zwar in einer Zeit, in der die Wirtschaftslage bereits denkbar ungünstig gewesen ist und die Unternehmer samt und sonders zum bewußten Scharfmachertum zurückgekehrt sind. Soll dies etwa kein Erfolg für die freien Gewerkschaften sein?

Im Jahre 1929 wurden Lohnerhöhungen erreicht: Für männliche Personen 6 466 078 Mark, im Durchschnitt pro Woche 1,82 Mark; für weibliche Personen 2 005 944 Mark, im Durchschnitt pro Woche 1,29 Mark.

Im ganzen betrug die erreichte Lohnerhöhung pro Woche im Jahre 1929 14 855 930 Mark. Außerdem wurden 1929 Lohnföhrungen abgewehrt, die pro Woche 367 545 Mark betragen. Für 412 810 Personen wurde 1929 eine Arbeitszeitverkürzung erreicht, und zwar von 1 078 732 Stunden pro Woche und für 4686 Personen wurde eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 20 209 Stunden pro Woche abgewehrt. Die Lohnerhöhung und die Verhinderung des Lohnabbaus, die Arbeitszeitverkürzung und die Abwehr der Verlängerung der Arbeitszeit ist aber nicht von selbst geworden.

Um dies zu erreichen, waren 1929 9723 Bewegungen notwendig. Diese erstreckten sich auf 655 666 Betriebe, in denen 11 126 011 Personen beschäftigt waren. An den Bewegungen waren 10 814 857 Personen beteiligt. Von 9723 Bewegungen waren 8178 Angriffsbewegungen, also solche Bewegungen, wo die Gewerkschaften mit Forderungen an die Unternehmer herantraten und 766 Bewegungen waren Abwehrbewegungen. An den Angriffsbewegungen waren 10 373 757 und an den Abwehrbewegungen 441 100 Personen beteiligt.

Zeiten der Wirtschaftskrise, Perioden, wo die Fabrikttore geschlossen sind und die Schöte nicht mehr rauchen, sind zum Streifen schlecht geeignet. So wiegen im Jahre 1929 die Bewegungen ohne Arbeitseinstellungen gegenüber den Bewegungen mit Arbeitseinstellung vor. Für den Kampf um Lohn und Arbeitszeit haben die Gewerkschaften 1929 11,7 Millionen Mark ausgegeben, hiervon für Streiks und Aussperrungen 9,7 Millionen Reichsmark, der Rest ist für die Führung der Bewegungen an sich verbraucht worden.

Nach der Art ihres Abchlusses gliedern sich die Bewegungen des Jahres 1929:

	In Fällen	für Personen
a) wurden beendet durch Verhandlungen:		
direkt zwischen den Parteien	4941	2 416 484
von tariflich vereinbarten Schlichtungsinstanzen	816	1 562 096
vor besonders vereinbarten Schlichtungsinstanzen	237	280 794
vor behördlichen Schlichtungsinstanzen	1468	2 916 016
b) durch Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs	237	1 732 692
	insgesamt 7699	8 908 082

Also, dank dem energischen Auftreten der freien Gewerkschaften haben im Jahre 1929 die Tariflöhne eine Steigerung erfahren. Der durchschnittliche tarifmäßige Stundenlohn des gelernten Arbeiters betrug im Januar 108,05, im Dezember 111,09; des ungelernten Arbeiters im Januar 81,02, im Dezember 84,00.

Die tariflichen Stundenlöhne sind gestiegen bei dem Gelernten wie beim Ungelernten im Jahre 1929 um 3,8 v. H. Die reale Steigerung der tarifmäßigen Stundenlöhne (im Vergleich mit den Lebenshaltungskosten) würde für 1929 betragen bei dem Gelernten wie Ungelernten 3,9 v. H. Die Kaufkraft erscheint deshalb größer, weil der Lebenshaltungssindex um ein Geringses gegenüber dem Jahre 1928 gefallen ist.

So sieht die Entwicklung der tarifmäßigen Löhne nach der amtlichen Statistik aus. Nach der ADGB-Statistik sind im Durchschnitt der 48 Städte, auf die sich die ADGB-Statistik erstreckt, die Tariflöhne um 4,5 v. H. gestiegen.

Allerdings bleibt die im Jahre 1929 erreichte Lohnerhöhung gegenüber der im Jahre 1928 zurück. Aber die im Jahre 1929 von

den Gewerkschaften erkämpften Lohnerhöhungen sind trotzdem ein Erfolg, denn die Gewerkschaften haben 1929 nicht die noch einigermaßen günstige Wirtschaftslage des Jahres 1928 vor sich gehabt. Obwohl die Zahl der Arbeitslosen in die Hunderttausende ging, war es den Gewerkschaften im Jahre 1929 möglich, den erkämpften Lohn der Vorjahre vor Abbau zu schützen, ihn teilweise auch noch zu erhöhen. Dies ist eine Leistung von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Wenn es keine Gewerkschaften gäbe, so wäre es in den Zeiten wirtschaftlicher Stagnation mit Lohnerhöhungen vorbei. Aber nicht nur dies, auf der ganzen Linie würde ein gemaltiger Lohnabbau vorgenommen werden. In früheren Jahrzehnten, als die Gewerkschaften noch klein und schwach waren, da haben die Arbeitgeber mit dem Moment, wo die Konjunktur nachließ, auch die Löhne wesentlich verkürzt. So sind heute die Gewerkschaften mehr denn je für den Arbeiter der Schützer ihrer gesamten sozialen Interessen. Wer also für alle Zukunft seinen Lebensstandard sichern, den sozialen Fortschritt fördern will, der helfe nach allen seinen Kräften mit, die freien Gewerkschaften groß und stark zu erhalten und weiter auszubauen.

Gegen den Abbau der Krisenfürsorge

Am Freitag, dem 10. Oktober 1930, nahm der Verwaltungsrat der Reichsanstalt Stellung zu einem Verordnungsentwurf des Reichsarbeitsministers zur Krisenunterstützung. Nach längerer Diskussion dieser Vor schläge, die einen geradezu unerhörten Abbau vorzesehen, gaben einmütig sämtliche Arbeitnehmer einschließlich der Christlichen und Hirsch-Dunderbergschen Gewerkschaften folgende Erklärung ab, aus der die von der Regierung geplanten Maßnahmen erkennbar sind.

„Dem Bericht der Regierungsvorrede entnehmen wir, daß die Vor schläge zur Verringerung der Krisenfürsorge durch die finanzpolitischen Beschlüsse des Kabinetts von vornherein an einem bestimmten, unseres Erachtens völlig unzulänglichen Kostenbeitrag gebunden waren. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß der § 101 A.W.G. die Regelung der Krisenfürsorge nach Maßgabe des Arbeitsmarktes und der sozialen Bedürfnisse der von der Arbeitslosenversicherung nicht unterstützten Arbeitslosen verlangt. Diesen Gesichtspunkten tragen die Vor schläge in keiner Weise Rechnung. Durch die Herausnahme der Arbeitslosen mit kurzer Anwartschaft, durch die Verkürzung der Unterstützungs dauer, durch die Herausnahme der Arbeitslosen unter 21 Jahren, durch die unterschiedliche Behandlung der Arbeitslosen in Gemeinden mit weniger als 25 000 Einwohnern, durch die unerträgliche Herabsetzung der Unterstützungssätze und durch die ungeheure Verschlechterung der Bedürftigkeitsprüfung wurde nicht nur die Krisenfürsorge unter das Niveau der Wohlfahrtspflege herabgedrückt, sondern auch den Gemeinden eine Belastung auferlegt werden, unter der sie einfach zusammenbrechen müßten. Damit würde aber auch die allernotwendigste Unterstützung aller aus Versicherungsmitteln nicht unterstützten Arbeitslosen überhaupt in Frage gestellt werden.“

Im Hinblick auf diese voraussehbaren Auswirkungen der geplanten Verringerungen der Krisenfürsorge halten wir die Diskussion über einzelne Punkte der Vorlage und etwaige diesbezügliche Änderungs vorgeschläge für überflüssig.

Obwohl wir die Finanzlage des Reiches durchaus nicht verkennen, müssen wir im Interesse der Arbeitslosen und der Gemeinden die Weitergeltung der Bestimmungen über die Höhe der Unterstützungssätze und der Bedürftigkeitsprüfung sowie eine grundlegende Verringerung der Bestimmungen über Personenkreis und Unterstützungsdauer nach folgenden Gesichtspunkten fordern:

1. Ausdehnung des Personenkreises auf alle Berufe und Altersgruppen.
2. Verlängerung, mindestens aber Beibehaltung der bisherigen Unterstützungsdauer.
3. Gleichmäßige Behandlung aller Arbeitslosen unabhängig von der Größe der Gemeinden.

Die Arbeitnehmergruppe im Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Eine ähnliche Erklärung gaben auch die Vertreter der öffentlichen Körperschaften ab, während die Vertreter der Arbeitgeber sich mit dem geplanten Abbau einverstanden erklärten. In einer vorhergehenden Sitzung des Reichsrats waren die Vor schläge des Reichsarbeitsministers einmütig abgelehnt worden.

Aus dem Wetterwinkel



Die jetzige Zeit in Deutschland mit allen ihren Begebenheiten und Gefolgenschaften für die in ihr lebenden Arbeitsmenschen ist einfach trostlos! Nirgends ein Lichtblick, keine Aussicht, daß in absehbarer Zeit andere, bessere, erträglichere Zustände für das Arbeitsvolk eintreten. Da ist es schon zu begreifen, daß Mißtrauen, Mißgunst und Neid an die Oberfläche schwimmen und mehr denn je das Gemeinschaftsleben vergiften; dazu kommt, daß der eine recht gern und sehr gerne in des anderen Rostopf und Geldbeutel hineinschauen möchte. Auf

längere Dauer kann der gegenwärtige wirtschaftliche Gesamtzustand wirklich nicht mehr ertragen werden, oder er endet in einem Kampf aller gegen alle. Wer als Zugehöriger zum Arbeitsvolk in der jetzigen Zeit keine gefestigte Lebensauffassung und Ueberzeugung besitzt, um über die Vergangenheit und unerträgliche Gegenwart urteilen zu können und der nun auch ohne diese feste Sicht in die Zukunft schaut, der ist noch viel schlimmer daran, weil er schließlich verzweifeln muß am Wert des eigenen Lebens und der ihm Nahestehenden. In den Reihen unserer Junngitosen von Stein und Ramme kann man diese verzweifelte Stimmung sehr wohl beobachten, sogar die Sterbetafel im „Steinarbeiter“ bringt das zum Ausdruck, denn in fast jeder dieser wöchentlichen Notizen können die Steinklopfer vom „Freitob“ des einen oder anderen Junngitosen lesen. Man sagt allgemein, es sei Feigheit, seinem Leben gewalttätig ein Ende zu machen. Darüber läßt sich sehr streiten, denn mehr Courage gehört zweifellos zum Freitob als zum Fenster einschlagen, Heil Hitler! zu rufen und dann auszureißen, wenn Polizei in Sicht kommt, wie das vorige Woche in Berlin geschah aus Anlaß der Reichstagsöffnung. Doch abgesehen davon ist es ein sehr schlimmes Zeichen der Zeit, lesen zu müssen, daß dieser und jener Steinklopfer sich selber umbringt aus Verzweiflung am Leben, aus materieller und geistiger Not. Diese Stimmung muß, wo man sie auch antrifft, von uns ganz energisch bekämpft werden! Mag die Gegenwart auch noch so trübe sein, die Zukunft gehört dennoch uns, gehört dem Arbeitsvolk, und wir sollen in jeder Situation uns vor Augen halten: „Gewerkschafter sein, heißt gut sein, heißt voll Kraft sein, voll Mut sein, heißt kämpfen und streiten und den Pfad der Zukunft bereiten!“

Gewiß, ihr Mannen von Stein und Ramme, satt wird niemand von diesem Spruch, das ist schon richtig; dennoch gehört zum materiellen Leben auch das ideale, gehört vor allem ein fester Glaube an sich selbst und auch der Glaube an die anderen Leids- und Genossen.

Alle jene, die jetzt so ohne Ueberzeugung für die Zukunft und ohne Vertrauen auf sich und andere herumlaufen, sind vor allen Dingen sehr empfänglich für Gerüchte oder wie man früher beim seligen Kommuni sagte, für „Latrinenparolen“. Eine solche Parole ist zum Beispiel das Gefasel von einer neuen Inflation. Fragt man diese Parolenüberbringer näher aus von wegen der Voraussetzungen bei solchem Währungs zusammenbruch, dann wissen sie weder gix noch gax. Es fehlt ihnen die elementare Kenntnis über die Währung an und für sich und damit natürlich jede weitere Kenntnis über die Möglichkeit einer — Inflation, die in Deutschland trotz aller wirtschaftlichen und politischen Anglistände nicht möglich ist.

Andere wiederum wissen vom kommenden, nahestehenden Putz und Bürgerkrieg zu erzählen, und fragt man hier „wieso“ und „warum“, dann zeigen sie auf das Wahlergebnis des 14. September und auf das Verfahren wegen Hochverrats gegen einige jugendliche Offiziere der Reichswehr vor dem Reichsgericht. Wo sogar der Faschistenhäuptling, der „große“ Adolf aus München, als Zeuge auftrat. Sein in Worten dort ausgebreiteter Gesichtskreis überstieg durchaus nicht den eines Häuptlings, wie in den Indianer-Schwärmen von Karl May. Als Kinder haben wir uns dafür sehr begeistert, doch als erwachsener und lebenserfahrener Mensch lächelt man heute darüber. Das hängt mit dem früher so engen und dem dann weiter gewordenen geistigen Horizont zusammen. Die Latrinenparolenfabrikanten und -überbringer spekulieren mit ihren Phantasien immer nur auf den eng geliebten Horizont ihrer Zuhörer. Beim Befragen in einer Wahlversammlung, was denn eigentlich der Häuptling der Nazis, der Hitler mit seinem Meteorbeschwärm, wolle, wurde prompt erwidert: 1. Verbot beider Parteien: SPD und KPD, 2. Verbot der Gewerkschaften und der Konsumvereine, 3. Beschlagnahme aller Gelder der Arbeiterorganisationen, der Volks- und Gewerkschaftshäuser sowie der proletarischen Zeitungen und Konsumvereinsunternehmungen, 4. Ausrottung aller Funktionäre der Arbeiterbewegung. — Das klingt alles recht unternehmend. Der Wille mag schon vorhanden sein, doch zum Können, also zum Vollbringen, ist es ein verflucht steiler und steiniger Weg, der schon andere wie die Nazis und ihren Häuptling zum Stolpern oder Umkehren gebracht hat. Aufgeklärte und überzeugte Steinklopfer geben solchen Parolenüberbringern am richtigsten einen Tritt in das verlängerte Rückgrat. Denn was in Italien und anderswo möglich war, ist es in Deutschland noch lange nicht, und wenn ja hierzulande derartiges unternommen werden sollte, dann wird sicherlich solchen Frezeln Granit hingehalten, damit sie sich die Zähne und anderes noch daran ausbeißten.

Jeder von den Steinklopfern, der Kinder zu betreuen hat oder hatte, weiß, daß sie viel Unruhe in ein Haus bringen, manches zerstören und „verunzieren“ können. Doch wenn es schließlich zu bunt wird, nimmt man die lautesten und die ungesogentsten einfach am Schlafittchen und bringt ihnen Käse und Ordnungssinn bei. Geh's nicht im Guten, nicht durch Einsicht, nun, dann muß schon härter zugegriffen werden! So ähnlich muß es auch gemacht werden mit politischen Kindern. Sanftmut und Gehelassen sind denen gegenüber unangebracht. Wenn sich Fensterheiser auch schließlich durch neue ersetzen lassen, so gibt diese Möglichkeit aber den politischen Kindern und politischen Vandalen keinen Freibrief auf Wiederholungen. Kaputt gemacht haben sie übrigens schon allerhand anderes, was bereits das gesamte Arbeitsvolk und andere auch empfindlich fühlen. Erinnerung sei nur an den neueren Goldbaderlaß durch Deutschlands Gläubiger, die ebenfalls an Latrinenparolen glauben; erinnert sei an jene kapitalistischen Sicherheitslandidaten, die ihre Moneten über die Grenze in Sicherheit brachten und damit die deutsche Wirtschaft sehr schädigten. Diese Kleingeister und Angsthäsen haben sich durch das politische Kindergeschrei gehörig ins Bodshorn jagen lassen. Trotz des Geldbesitzes blieb ihr Horizont eng begrenzt.

Die deutsche Arbeiterschaft hat z. B. im März des Jahres 1920 schon einmal bewiesen, wie man mit politischen Abenteurern und ebensolchen großen Kindern fertig wird. Verlernt ist das noch nicht, und wenn auch heute durch die große Klust, die sich zwischen dem Arbeitsvolk hindurchzieht, die Lage anders aussieht wie 1920, wird sie dennoch gemeistert, dessen können alle unsere Gegner versichert sein. Doch darüber redet man nicht groß, sondern handelt, wenn es soweit ist. Das ist schließlich die Hauptsache! Die

Latrinenparolenüberbringer hält man sich aber derweilen mindestens drei Schritt vom Leibe; man kann ihnen trotz dieser Entfernung noch das nötige entsprechend zuzüßern. — So halte ich — der Steinklopfer-Hannes — es wenigstens mit diesen unangenehmen Zeitgenossen. Im Notfall lasse ich dann meinen schwinghaften Steinklopfer-Hammer durch die knochenigen Finger gleiten und habe dabei noch nie erlebt, daß etwa einer noch widerprach, sie gehen meistens alle im Krebsgang, also rückwärts, ab.

Hauptvorbedingung ist in der jetzigen Situation, daß keiner unserer Junngitosen von Stein und Ramme den Mut und den Glauben verliert an der großen Sache der organisierten Arbeiterschaft, und wo die Not am größten ist, muß gegenseitig helfend eingegriffen werden, besonders von jener Stelle, in der unser Wille, unser Glaube, unsere Hoffnung zusammenfließt zu einer Gesamtführung und Verwaltung. Wo das ist, weiß jeder, der mit ganzem Herzen bei der Sache ist wie der

Steinklopfer-Hannes.

Ueberzeugung

Ich habe eine Ueberzeugung, und diese Ueberzeugung bebt in mir. Sie bebt in mir in allen Lebensfasern. Ich kann nicht leben, ohne sie frei zu bekennen. Nach ihr zu leben. Sie ist mein Stolz. Sie ist meine Kraft. Und nur darum bin ich, weil sie ist.

In meiner Ueberzeugung spüre ich das Leben. Das herrliche Leben des Kampfs und des Siegs. Sie macht mich zum Zwinger des Lebens, zum Schaffer der Zukunft. Ich bin mehr als das Heute, mehr als Spielball des Augenblicks. In meiner Ueberzeugung bin ich: ich.

Ihr Schwächlinge und ihr Weichlinge, die ihr euch schmiegen und biegen laßt, hierhin und dorthin. Die ihr euch anpaßt, so oder so, wie die Gemächlichkeit, die Bequemlichkeit — und der Vorteil es gerade verlangt! Ihr erlebt nichts von euch. Denn es ist nichts in euch. Nur wer eine Ueberzeugung hat und seiner Ueberzeugung lebt, ist Mensch.

Und Ueberzeugung mit Ueberzeugung verbunden! Menschen der Ueberzeugung mit Menschen, die der gleichen Ueberzeugung sind! Solch stützlich-solidarischer Wucht kann nichts widerstehen. Die solidarische Kraft der Kämpfer überwindet alles. Massen, zusammengepreßt zu einer Ueberzeugung, ertrögen das Größte.

Laßt uns darum alle einig im kämpferischen Glauben an solche Größe einer freien Zukunft sein!

Dr. G. H.

Humor

Herr Schmidt hatte soeben die Frau seines Geschäftsfreundes Hempel geküßt, worauf diese mit den Worten: „So, jetzt sag' ich's meinem Mann!“ das Zimmer verließ. Bei ihrem Mann angekommen, sagte sie: „Männchen, Herr Schmidt möchte gern einmal dein neues Jagdgewehr sehen.“ Herr Hempel wundert sich noch heute, warum, als er mit dem Gewehr zu seinem Freunde trat, dieser eigentlich wie ein Wahnsinniger zur Tür hinausrannte.

Berliner in München: „Herr Ober, wo kann ich denn hier in München so richtig was erleben?“ — „Gehen Sie ins Deutsche Theater oder in die Bonbonniere oder ins Tuglulim!“ — „Nein, ich meine, so richtig was erleben, Sie verstehen mich schon?“ — „Gehen Sie ins Hofbräuhaus, stellen Sie sich dort auf ein Faß. Halten Sie eine kurze Ansprache an das dort trinkende versammelte Volk, dann singen Sie zum Schluß: 'Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben...' dann können Sie was erleben!“

Was irgend gehen will und waffen,
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / Es
mußt du das Ganze im Kleinien erblicken

Jeder Schrift wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Duzend Programme • Karl Marx

Haltet zusammen!

Sturmzeichen dräuen! Es geht aufs Ganze,
Es geht um Krieg und Frieden im Staat.
Sturmfahnen flattern auf Turm und Schanze,
Der Spießer, der Nazi wird rabiat.
Schon knistern die Funken, schon lehen die Flammen,
Schon schwellen die Lunte am Pulverfaß.
Stürzen die Dämme des Friedens zusammen
Im Meer von Blutrausch und Haß?

Da heißt es: Achtung! Denn die Hyänen
Des Bürgerkrieges schleichen umher.
Da heißt es: Wehrt euch mit Klauen und Zähnen
Gegen Gewalt und Nazi-Begehr!
Schart euch zuhauf, steht fest wie die Mauer,
Härtet den Willen zu Stahl und Granit —
Den Willen zur Abwehr, denn Trümmer und Trauer
Brechen ins Land, wenn Einigkeit flieht.

Haltet zusammen im Willen und Wollen,
Sonst liegen die Hunnen der heutigen Zeit.
Sie wollen das Chaos. Sie wollen, es rollen
Die Köpfe der Besten nach blutigem Streit.
Haltet zusammen, sonst fallen die Söhne,
Lang wird die Arbeit, Unrecht wird Recht,
Zu Sklaven sinken Väter und Söhne
Und wieder ersticht der leibeigene Knecht.

Haltet zusammen, denn erst ist die Stunde,
Reicht euch in Eintracht die schaffende Hand.
In alle Gehirne hämmert die Kunde:
Das stärkste Bollwerk ist der Verband!
Nügen es Feinde rammen und rammen:
Es lockert sich weder Mörkel noch Stein!
Seiet nur einig! Haltet zusammen!
Dann werdet ihr Herren der Lage sein!

Bittor Kalinowski.

Von der Steinarbeiter-Internationale

Vom 4. bis 6. Oktober hatte das Sekretariat und die internationale Arbeitskommission der Steinarbeiter die angeschlossenen Länderorganisationen zum 8. Kongress nach Paris eingeladen. Die Tagung fand statt im würdig geschmückten Saale der Pariser Gewerkschaften auf dem Boulevard Auguste Blanqui. Auf der Tagesordnung stand: Wahl des Tagesbüros, Bericht des Sekretärs, Arbeiterschutz im Beruf, Zollfragen, Schaffung eines internationalen Kampffonds, Änderungen des Reglements (Statut), Wahlen (Sekretär und Kommission), Berichtedes.

44 Delegierte, 7 Gäste und 3 Ueberseher (Französisch, Englisch, Skandinavisch) waren anwesend. Die englische Gewerkschaft der Pfastersteinmacher und Steinbrucharbeiter, die sich erst kürzlich der Internationalen Verbindung der Steinarbeiter angeschlossen, hatte 2 Vertreter entsandt. Aus Frankreich waren 15, aus Belgien 13, aus Deutschland 5, aus Holland 3 Delegierte erschienen, während aus Norwegen, Schweden, Schweiz, Desterreich und Tschechoslowakei (Steinarbeiterverband) je ein Vertreter anwesend war. Der Internationale Gewerkschaftsbund war vertreten durch Leon Jouhaux, das Internationale Arbeitsamt in Genf durch Dr. Carozzi. Dann hatten noch entsandt die Internationale der Bergarbeiter Bigne Pierre, die der Bauarbeiter die Kollegen Kappeler und Bernhard. Der Belgische Bauarbeiterverband war vertreten durch Grysou und die Hygienische Abteilung des IGB, Berlin, durch Dr. Meyer-Brodniß. Die Internationale der Keramarbeiter war leider durch Tarifverhandlungen am Erscheinen verhindert.

Die verhältnismäßig große Beteiligung findet ihre Erklärung in dem Tagesordnungspunkt „Arbeiterschutz im Beruf“, denn die Entfaltung und Verhütung, die Wirkung und der rechtlich gesetzliche Schutz der von der Silicose (Staublungerkrankung) heimgeführten Arbeiter geht nicht allein die Steinarbeiter an, dafür ist schon Beweis genug die 2. deutsche Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 und der gesetzliche Schutz in einigen anderen Ländern.

Im Auftrage der Arbeitskommission und des Sekretariats eröffnete Kollege Siebold den Kongress, begrüßte Delegierte und Gäste und wies darauf hin, daß seit 27jährigem Bestehen der Steinarbeiter-Internationale zum erstenmal englische Kollegen als Delegierte anwesend sind, was hoffentlich zu einer dauernden Verbindung mit unserer Internationale führt. Dann widmete Siebold dem 1929 in Bilsen verstorbenen Kollegen Bohumil Sirotek und dem 1930 in Prag verstorbenen Kollegen Eduard Hausmann, die beide der internationalen Verbindung der Steinarbeiter immer sachkundige Berater waren, einen herzlichsten Nachruf, der Kongress ehrte die Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Dem 27jährigen Bestehen der Internationale im Jahre 1928 und der ebenso langen Tätigkeit des Kollegen Robert Kolb für die Internationale wird unter dem Beifall der Delegierten ebenfalls gedacht, ebenso des anwesenden Delegierten, Kollegen Pierre Calémand aus Brüssel, der mit zu den Gründern der Steinarbeiter-Internationale gehört (1903 in Zürich). Er ist einer von den wenigen noch Lebenden aus jener Zeit. Als Verhandlungsleiter mit gleichen Rechten werden dann gewählt Ernst Winkler (Deutschland) und Cordier (Frankreich), zum Schriftführer die deutschen Delegierten Hermann Linke und Max Scholich.

Nachdem Kollege Jouhaux den Kongress in temperamentvoller Rede begrüßte und im Anschluß daran ein Entschuldigungsschreiben wegen Nichterscheinen von Amerikanischen Granitarbeiterverband den Delegierten zur Kenntnis gekommen war, erstattete der Sekretär Robert Kolb den Geschäftsbericht. Rund 130 000 Mitglieder umfaßt unsere internationale Verbindung. Seit dem Kongress in Kopenhagen 1927 sind gute Fortschritte gemacht, trotz der wirtschaftlichen und politischen Hindernisse, die sich in einigen Ländern bemerkbar machten. Der Berichterstatter behandelt dann eingehend die Arbeit der internationalen Kommission und schildert seine Bemühungen, um die ihm gemachten Aufträge zu erledigen in bezug auf den Belgischen Steinsekerverband sowie auf die Organisationsverhältnisse in der Tschechoslowakei. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Steinindustrie Tschechoslowakiens seien schlecht und die Konkurrenz für die anderen Länder groß. Sogar Heimarbeit ist dort gang und gäbe. Kolb schildert seine Tätigkeit auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, die Tätigkeit für die Einwanderung von Kollegen von einem Land ins andere. Die Finanzlage der Kasse des Sekretariats ist gut. Die Bücher liegen zur Einsicht auf. Redner verweist auf seinen Bericht vom Jahre 1929, der allen Ländern zugestellt wurde. Es gelte mit Hilfe der internationalen Verbindung die zurückgebliebenen Organisationen in einzelnen Ländern vorwärtszutreiben. Anschließend daran schildert Kollege Lew vom Tschechoslowakischen Steinarbeiterverband die dortigen Organisations- und Berufsverhältnisse. Dann beschließt der Kongress die Aussprache über den Bericht zurückzustellen und das Referat über „Arbeiterschutz und Beruf“ von Dr. Carozzi vorerst zu hören, damit den dafür interessierenden Gästen usw. eine baldige Abreise ermöglicht wird.

Das Referat von Dr. Carozzi war der Höhepunkt des Kongresses, es war eingeteilt in 5 Abschnitte, von denen jeder ein-

zelne überleht wurde. Der letzte Abschnitt war wohl der wichtigste, weil er die Schlussfolgerungen und die eigene Auffassung des Referenten in den Entschuldigungsansprüchen der Arbeiter bei Silicose (Staublunge) brachte und großen Beifall der Zuhörer auslöste. Referat und Debatte muß im demnächst erscheinenden Protokoll nachgelesen werden. Für die deutschen Kollegen bringt es nichts Unbekanntes, weil in der Frage der Silicose bereits viel von uns selber in der Verbandszeitung, auf dem Verbandstag usw. zum Ausdruck kam. An der Aussprache über dieses Thema beteiligten sich: Marinier (Frankreich), Kolb berichtete, was seit Kopenhagen vom Sekretariat und von der Kommission geleistet wurde, um den Steinarbeiterschutz international zu regeln, Cordier (Frankreich), Siebold (Deutschland), Dr. Meyer-Brodniß (Deutschland), Sino (Holland).

Nach dem Schlusswort von Dr. Carozzi wurden zwei Entschließungen angenommen, die eine wünscht ein ständiges Zusammenarbeiten der Steinarbeiter, Bergarbeiter, Keramarbeiter, um den Arbeiterschutz bei Staublungerkrankung international mit Hilfe des Arbeitsamts in Genf zu erreichen, während die andere Resolution die Forderungen der Arbeiterchaft nochmals unterstreicht.

In der dann fortgesetzten Aussprache über den Bericht des Sekretärs beteiligten sich Kiejs (Ungarn), Nielsen (Norwegen), Siebold (Deutschland). Die Aussprache ergab Anerkennung der Tätigkeit und Leistung des Sekretärs und der Kommission. Entlastung erfolgte einstimmig.

Ueber „Zollfragen“ sprach Kolb, der an Hand von reichem statistischem Material aus den einzelnen Ländern über Ein- und Ausfuhr von Steinmaterial ein instruktives Referat hielt, er kam zum Schluß mit entsprechender Resolution, daß die Arbeiter jede Schutzpolitik ablehnen mußten. Die sich anschließende Aussprache war recht interessant. Lundgren (Schweden) schälte den Freihandelsstandpunkt recht scharf heraus und betonte, daß die deutsche Propaganda für deutschen Stein in der Wirkung einem Schutz Zoll gleich käme. Winkler (Deutschland) wandte sich recht wirkungsvoll gegen diese Behauptung und stellte auch sonst einige irriige Auffassungen von Lundgren richtig. Martel (Belgien) schildert den belgischen Import und Export von Natursteinen, ist prinzipiell für Freihandel, aber unter Umständen für Schutzmaßnahmen, um die heimische Produktion nicht verfallen zu lassen. Er bringt einer entsprechenden Zusatz zu der Resolution von Kolb in Vorschlag. Darüber wurde die Debatte recht lebhaft. Wiederholt kamen Lundgren, Winkler, Martel zum Wort, es äußerten sich noch Sino (Holland), Cordier (Frankreich) und Nielsen (Norwegen). Die Resolution von Kolb mit dem abgeänderten Vorschlag von Martel wurde zum Beschluß erhoben.

Nielsen (Norwegen) referierte dann über den von den skandinavischen Organisationen angeregten internationalen Kampffonds. Es ist dieselbe Sache, die bereits in Kopenhagen 1927 zur Beratung stand. Neue Momente wurden nicht vorgebracht. Kolb präziserte den ablehnenden Standpunkt der Kommission und des vorhergehenden Kongresses, worauf Lundgren die Frage zurückstellen will bis zum nächsten Kongress, er hofft, daß in der Zwischenzeit eine Klärung zugunsten des internationalen Kampffonds erfolgt. Der Kongress ist damit einverstanden.

Vom Kollegen Bossang (Bretagne) wird noch angeregt, daß der Kongress protestieren möge gegen die vielen Unfälle bei der Schieferarbeit in den Granitbrüchen in der Bretagne und in der Normandie, die entstehen, weil dafür ganz ungeeignete Arbeitskräfte Verwendung finden. Auf Vorschlag von Siebold verspricht der Kongress dem französischen Verband alle mögliche Hilfe, um diese unhaltbaren Zustände beseitigen zu helfen und beauftragt das Internationale Steinarbeitersekretariat und die ihm zugeteilte Arbeitskommission, die nötigen Schritte zu unternehmen.

Die bisherige Arbeitskommission und der Sekretär Kolb werden einstimmig wiedergewählt. Doch sind für die Kommission nunmehr auch Ersatzleute gewählt: Lundgren (Schweden), Erjaß: Lew (Tschechoslowakei), Martel (Belgien), Erjaß: Lapaille (Belgien), Siebold (Deutschland), Erjaß: Winkler (Deutschland).

Nachdem noch der Jugendgenosse Croizet (Paris) die Arbeit in der französischen Jugendbewegung geschildert und die im Tagungslokal vorhandenen Bilder und Skulpturen in ihrer Bedeutung erklärt hatte, war die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende Winkler ließ Referate und Debatten noch einmal kurz Revue passieren, sprach den französischen Kollegen Dank aus für die Gastfreundschaft, den Uebersehern für ihre mühevollen Arbeit, ebenso dem Kollegen Kolb und der Arbeitskommission. Mit dem Appell zu weiterer kameradschaftlicher internationaler Zusammenarbeit und einem Hoch auf die nationale und internationale Gewerkschaftsbewegung schloß der Vorsitzende den 8. Kongress.

Der Kongress hat den Verlauf genommen, wie wir in dem Begrüßungsartikel in Nr. 40 des „Steinarbeiter“ angenommen haben. Gewiß sind solche internationalen Zusammenkünfte schwierig wegen der Sprachunterschiede, aber sie sind vom beruflichen und allgemeinen Arbeiterstandpunkt nicht zu entbehren und geben auch sonst jedem einzelnen viel Anregungen und Eindrücke mit nach seiner Heimat. Der Pariser Kongress zeigte erneut ein recht kameradschaftliches Zusammenarbeiten, wie wir Steinarbeiter es seit bald 30 Jahren des Bestehens unserer Internationale gewohnt sind. Bei all den internationalen Beratungen früher und jetzt haben wir uns immer recht streng nur an das Berufliche und Gewerkschaftliche gehalten, so muß es auch künftig bleiben im Interesse des Bestehens und Gedeihens der Steinarbeiter-Internationale.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Frankreich. Der Steinarbeiterstreik in der Bretagne dauert unvermindert an. — Vom Arbeitsamt Kehl a. Rh. wird uns mitgeteilt, daß von deutschen Steinarbeitern Anmeldungen zur Arbeitsaufnahme im Streitgebiet vorliegen. Eine Vermittlung nach dort durch das betreffende Arbeitsamt erfolgt jedoch erst nach Beendigung des Streiks! Diese Vermittlung dauert bis zu 8 Wochen. — Kein deutscher Kollege darf während des Kampfes Arbeit nach dort annehmen.

Auf dem internationalen Steinarbeiterkongress zu Paris vom 4. bis 6. Oktober wurde von französischen Kollegen auf die große Unfallgefahr und auf die erschreckende Unfallhäufigkeit in dem französischen Steinbruchstreikgebiet hingewiesen. So werden zum Beispiel für die Schieferarbeit in den Steinbrüchen völlig unerfahrene und nicht vorgebildete Arbeitskräfte verwendet, was als Hauptursache der vielen Unfälle in den Steinbrüchen anzusehen ist. Solche Zustände kennen wir in Deutschland nicht durch die gesetzlichen Vorschriften in der Unfallverhütung. Unsere Aufgabe ist es, immer, wo es auch sei, für den Steinarbeiterschutz einzutreten. Den französischen Steinbrucharbeitern können wir in dieser Situation nur durch Fernbleiben aus diesem Gebiet helfen. Im übrigen ist allgemein streng zu beachten:

Im Auslande darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht verläumt werden. Wer es unternimmt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr in heimatischen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

Von den Gefahren der Steinbrucharbeit. Am 7. Oktober, vor-mittags, verunglückte der Kollege Otto Berger aus Belmsdorf so schwer, daß er an den Folgen am Abend des 7. Oktober im Stadtkrankenhaus verstorben ist. — Berger war im Betrieb „Binzenhaus“ mit Bregherarbeiten beschäftigt. Bei dieser Arbeit sind, von Berger unbemerkt, Gesteinsstücke von einem höheren Abhaz herabgefallen und haben dem Kollegen die schweren Verletzungen beigebracht.

Das Opfer eines schweren Unglücksfalles wurde am 14. Oktober der Steinbrecher, Kollege Bruno Weise aus Harpersdorf im Betriebe der Schief. Basalt-AG, Steinbruch Pilgramsdorf. Der Kollege Weise war mit Steinbrechen beschäftigt, als sich plötzlich unvorhergesehene Steinmassen von der Wand lösten und ihn unter sich begruben. Der Verunglückte mußte in schwerverletzten Zustände von seinen Kollegen weggetragen werden. Wahrscheinlich hat W. einen Schädelbruch und schwere innere Verletzungen erlitten, so daß sein Tod nach wenigen Stunden eintrat.

An der Unglücksstelle ist eine Kammer Sprengung vorgenommen worden und die Wand durch die Sprengung erschüttert. Für dieses System der Rationalisierung ist nicht nur ein Betrieb verantwortlich zu machen, sondern das ganze System muß angefragt werden. Auf der einen Seite wird dem schwer schuftenden Steinarbeiter die Verdienstmöglichkeit derart beschnitten, daß die Kollegen auf der anderen Seite gezwungen sind, noch mehr zu schuften, um den Verdienst zu erhöhen, daß dann nicht immer die Vorsicht das erste ist, ist klar. Es wird Zeit, daß die Aufsichtsbehörden ernstlich prüfen, ob in Zukunft die Kammer Sprengungen überhaupt noch zuzulassen sind. Erstens kann dadurch der Arbeitslohn gesteuert werden, zweitens aber wird die Sicherheit der Arbeiterchaft erhöht. Kollegen, hier kann auch nur eine feste Organisation retten, die eure Interessen nachdrücklich vertritt. Das ist der Deutsche Steinarbeiterverband, ihm müssen alle Steinarbeiter restlos angehören. — Zu dem Unglücksfall wird uns geschrieben:

Wie gefährlich die Arbeit der Kollegen ist, zeigt ein anderer Unfall: Durch die in immer stärkerem Maße vorgenommenen Kammer Sprengungen wird die Arbeit immer gefährlicher. Am Morgen des 13. Oktober, gegen 8 Uhr, brach ganz unerwartet die durch eine Kammer Sprengung erschütterte und durch den dauernden Regen auf-gemeichte Felswand plötzlich in sich zusammen. Die an dieser Stelle arbeitenden Kollegen erlitten die Gefahr des Verschüttetwerdens nur dadurch, daß ein vorher sich ablösender kleiner Schiefer die Aufmerksamkeit des einen Kollegen auf sich zog und dadurch die anderen gewarnt werden konnten. Der plötzliche Zusammenbruch der Felswand ist an dieser Stelle schon fünfmal vorgekommen. Doch ist er bisher jedesmal noch glücklich abgelaufen. Durch die immer mehr eingeeengte Verdienstmöglichkeit im Steinbruchbetrieb wird die angebrachte Vorsicht immer mehr außer acht gelassen.

Naugard (Pommern). Daß die Wirtschaftskrise das Steinsekergerbe mehr wie unheilvoll beeinflusst, zeigen die großen Zahlen der Arbeitslosen des Berufes. Aber über dies hinaus sorgen die Unternehmer dafür, daß auch die in Arbeit stehenden Berufsangehörigen die Wirkungen der Krise in vollem Maße zu spüren bekommen. Ist eine der wenigen Arbeiten ausgeschrieben worden, dann stürzen sich die Unternehmer wie die Wölfe auf den mageren Bißchen und unterbieten die Preise, nur um einen Broden Arbeiter zu erhalten. Der vielgenannte Preisabbau ist durch die ungezügelte Konkurrenz der Unternehmer hier schon im vollsten Gange. So sind im hiesigen Kreise folgende Arbeiten vergeben worden:

Los 1:		Preise dafür:		
400 Ibd. m Hochbord	1. Unternehmer	2063,20 Mk.		
400 Ibd. m Versenbord	2. „	2672,00 „		
1600 qm Pflastern	3. „	2896,00 „		
640 qm Bodenbewegung	4. „	2972,00 „		
Los 2:		Preise dafür:		
500 Ibd. m Tiefbord	1. Unternehmer	2200,00 Mk.		
2000 qm Pflastern	2. „	2275,00 „		
	3. „	2650,00 „		
	4. „	2800,00 „		
Los 3:		Preise dafür:		
900 qm altes Pflaster aufreißen	1. Unternehmer	4095,00 Mk.		
250 qm Chaussee aufreißen u. bemeß.			2. „	4250,00 „
450 qm Erdaushoben, 30 cm tief, 1 km transportieren			3. „	4985,00 „
3000 qm Pflastern	4. „	5615,00 „		
200 qm Umpflastern				
400 Ibd. m Hochbord nach Schnur				

Diese Preise zeigen, daß die Unternehmer ziemlich wohlhabend sein müssen, damit sie bei diesen Arbeiten noch Geld darauflegen können. Aber so ist es nicht. Die niedrigen Preise müssen aus den Knochen der Arbeiter im wahrsten Sinne des Wortes wieder herausgehoben werden, damit der Unternehmer mit einem blauen Auge davonkommt. Wie geht es auf solch einer Baustelle zu. Vor allem wird unter beständigem Druck des Unternehmers mehr gewöhnt als gearbeitet, die tariflichen Bestimmungen werden nicht eingehalten, mit Vorliebe werden unorganisierte Arbeiter herangezogen, Ueberanlageld ist bei diesen Arbeiten ein unbekannter Begriff, der Tariflohn selbst wird unterboten, die Arbeitszeit wird verlängert, ohne daß die Arbeiter dafür irgendwelche Bezahlung erhalten, und wer dagegen protestiert, wird entlassen. Daß unter solchen Verhältnissen eine Qualitätsarbeit nicht geleistet und dem Berufe ein Schaden zugefügt wird, der angesichts der modernen Strafen-beden nicht wieder gutgemacht werden kann, ist einleuchtend. Aber „nach uns die Sintflut!“ scheint die Parole der Unternehmer und einzelner Kollegen zu sein. Die Behörden aber konstataieren mit Wohlgefallen diesen „Preisabbau“!

Düsseldorf. Wegen Umbau unseres Volkshauses fand die Quartalsversammlung am 10. Oktober im Metallarbeiterheim statt. Im Punkt 1 der Tagesordnung gibt der Vorsitzende, Kollege Koch, zwei Rundschreiben der Zentrale bekannt. Im ersten werden die Kollegen ermahnt, auch bei schlechter Konjunktur ihre Mitgliedschaft zu erhalten. Wie notwendig das ist, erfahren jetzt einige Kollegen hier am Ort, die ihre Bücher verfallen ließen, trotzdem zwei schon auf eine 25 jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Sie haben jetzt ihre Anwartschaft auf die Invalidenunterstützung des Verbandes verloren durch eigene Schuld. Im zweiten Schreiben wird das Referat der von der Zentrale verantworteten Arbeitslosenstatistik bekanntgegeben, die ein trauriges Bild über die Lage in unserem Beruf gibt: 39 Prozent arbeitslos. Im Punkt 2 gibt Kollege Dittmann den Kassenbericht vom 3. Quartal. Die Revisoren erklärten: Bücher und Kasse in bester Ordnung; sie beantragten Entlastung, die auch einstimmig erteilt wurde. Punkt 3: Die Lage in unserem Gewerbe hier am Ort. Hierzu macht Kollege Koch längere Ausführungen, hauptsächlich über Ursachen und Wirkungen der großen Arbeitslosigkeit, wozu hauptsächlich die älteren Kollegen betroffen sind. Hier könne nur durch höchste Solidarität, die von jedem einzelnen Kollegen aufgebracht werden müsse, Abhilfe geschafft werden. Die Aussprache war sehr lebhaft. An der trostlosen Lage in unserem Gewerbe ist ja hauptsächlich die heutige Bauweise schuld, ein großer Teil, speziell im Grabmal-gewerbe, fällt natürlich auch auf das Konto der behördlichen Beratungsstellen, die dem Publikum gegenüber auf die schlanke Linie und auf den Kunststein hinweisen. Aus der Versammlung heraus wurde auf die Notwendigkeit der Selbsthilfe hingewiesen. Es wurde dann der Antrag angenommen, uns der Rheinisch-westfälischen Baubetriebsgenossenschaft anzuschließen. Als vorbereitende Kommission wurden die Kollegen D. Krausche, E. Hoffmann und P. Montermann gewählt.

Rundschau

„Pflasterstein-Restriktion“. Unter diesem Stichwort, was soviel bedeutet wie „Beschränkung“, bringt die Vossische Zeitung eine eigene Meldung aus Stockholm unterm 13. Oktober:

Die schwedischen und norwegischen Pflastersteinfabriken haben beschlossen, infolge der stark verminderten Absatzmöglichkeiten und der großen Vorräte wesentliche Produktionsbeschränkungen vorzunehmen. Von ausschlaggebender Bedeutung für diesen Bescheid ist die Tatsache, daß die Ausfuhr von Pflastersteinen nach Deutschland nahezu eingestellt werden mußte, was auf Maßnahmen von deutscher Seite zurückzuführen sei, die nach Ansicht des Verbandes der schwedischen Pflasterstein-Industriellen im Widerspruch zu dem bestehenden Handelsabkommen stehen.

Diese eingeschränkte Einfuhr von Pflastersteinmaterial steht durchaus nicht im Widerspruch zum bestehenden Handelsabkommen mit Schweden. Ganz natürliche Ursachen liegen hier zugrunde. Einmal die Wirtschaftskrise und die Kapitalarmut der deutschen Kommunen und Straßenbaubehörden und zum anderen hat Deutschland selber großen Steinreichtum. In der jetzigen Periode wäre es tatsächlich Wahnsinn, etwa Pflastersteinmaterial aus Schweden und Norwegen zu beziehen. Die deutschen Steinbrüche liegen zum Teil still oder arbeiten mit sehr eingeschränkter Belegschaft, und von den Pflastersteinarbeitern Deutschlands gehen 50 Prozent stempeln. Wenn die schwedischen Pflastersteinindustriellen diesen erbärmlichen Zustand nicht erkennen können oder wollen, so ist das eine Sache für sich. Aber wissen müßten sie, daß wohl zollfreie Einfuhr von Pflastersteinmaterial von Schweden nach Deutschland im Handelsabkommen vorgesehen ist, aber durchaus keine zwingende Abnahme und auch keine bestimmte Menge von Steinen. Die Ansicht der schwedischen Pflastersteinindustriellen ist also eine irrtümliche und liegt sich im übrigen recht weltfremd.

„24 Sprengkapfen“ — so meldet die Zeitschrift für die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft vom 15. Oktober 1930 — „an Zündschnüre angeknüpft, hat der Schießmeister Kaspar Z. in einem Steinbruch frei in der Hand zu der Stelle getragen, wo er sie verwenden wollte. Wäre er gestolpert und hätten dabei einige der leicht explodierenden Kapfen etwas hart aufgeschlagen, so wäre der leichtsinnige Mann in Stücke zerrissen worden. Zu seinem eigenen Schutze, damit er das nicht wieder tut und wegen der notwendigen Ordnung im Betriebe ist gegen den Schießmeister eine empfindliche Geldstrafe beantragt worden. — Lies § 108 der Unfallverhütungsvorschriften der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft nach.“

Ein Industrieller für die 44-Stundenwoche. In der „Frankfurter Zeitung“ hat eine Aussprache über die Verkürzung der Arbeitszeit als Weg zur Milderung der Arbeitslosigkeit stattgefunden. Ein Industrieller, R. C. Gütermann, Guach i. Bretzgau, der 2000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, hat dort den Vorschlag gemacht, die Arbeitszeit allgemein auf 44 Stunden zu ermäßigen und den Unternehmern die Pflicht aufzuerlegen, etwa 10 v. H. Arbeiter und Angestellte neu einzustellen. Er hofft, daß dadurch die Arbeitslosigkeit wesentlich gemildert werden könne. Alle Unternehmungen, die aus irgendwelchen Gründen nicht in der Lage sind, die Arbeitszeit derartig zu verkürzen, sollen gezwungen sein, die gleiche Summe, die für den Mehrlohn gewährt wurde, als Sonderbeitrag an die Arbeitslosenversicherung abzuführen. Dies würde eine Mehrbelastung von 8 1/2 v. H. ergeben, die von den betreffenden Unternehmern allein getragen würde und nach Meinung Gütermanns, der Leistungsfähigkeit der Betriebe keinen Abbruch tun kann. Die verkürzt arbeitenden Betriebe sollen nach diesem Vorschlag zur Arbeitslosenversicherung nur bis zu 3 1/2 v. H. der Lohnsumme herangezogen werden. Gütermann glaubt, daß die Mehrleistung der Unternehmungen mit längerer Arbeitszeit zur Arbeitslosenversicherung die weniger eingehenden Beiträge voll ausgleichen würde. Der ADGB ist bekanntlich in seiner Entscheidung zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen.

Bezüglich der Lohnfrage für die verkürzt Arbeitenden macht Gütermann den Vorschlag, für die 44stündige Arbeit den Lohn zu gewähren, der sonst für 46 Stunden bezahlt wird. Die Arbeiter hätten also mit einer Lohnnebenbuße in Höhe des Lohnes für zwei Arbeitsstunden zu rechnen. Zweifelloser eine Meinung, über die bei evtl. Verhandlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ohne weiteres eine Einigung erzielt werden könnte. Auf den Einwand, daß ein Betrieb, der bisher 48 Stunden gearbeitet hat und auf die 44-Stundenwoche übergeht, neue Kapitalinvestitionen zur Vergrößerung der Anlagen notwendig sind, entgegnet der betreffende Industrielle, daß die meisten Betriebe nicht mit 100 Proz. Erzeugungsfähigkeit ausgenutzt sind, auch wenn sie heute 48 Stunden oder mehr arbeiten. Wenn gelagt wird, daß die Einrichtung einer Doppelschicht mit Schwierigkeiten verknüpft ist, so trifft dies zu; doch ist ohne Ueberwindung von Schwierigkeiten dem Arbeitslosenproblem nicht beizukommen.

Der Vorschlag eines praktischen Industriellen zeigt, daß es auch bei den Unternehmern Leute gibt, die sich etwas eingehender mit der Frage der Arbeitslosigkeit und deren Behebung beschäftigen. Im großen und ganzen dürften die Vorschläge der Erwägung wert sein, denn sie nähern sich weitgehend den Meinungen, die der ADGB in seiner letzten Bundesausschussung aufgestellt hat.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Ber sammlungen.
Am 2. November in Grünberg um 9 Uhr bei Tschau.
In Hirschberg, Steinseher und Rammer um 14 Uhr im Lokal zur alten Hoffnung.
*
Achtung: Gau II. (Soz. Wohlfahrts-Einrichtung Schlesiens.) Allen Kollegen und Zahlstellen zur Kenntnis, daß in der Lohnwoche des 15. November die Wohlfahrtsbücher in Ordnung von den Arbeitgebern eingeforscht werden, damit diese bis zum 20. November zur Verrechnung bei dem Obmann: Herm. Wittmann, Breslau VI, Walfischgasse 7/9, eingeliefert werden. Bücher, die zu spät oder nicht in Ordnung eingeleitet werden, können im Rechnungsjahr 1930 nicht zur Auszahlung gelangen.
Marienwerder. Der Steinseher Wilh. Borchert, geb. 12. 1. 1909 zu Danzig, hat die hiesige Zahlstelle geldlich geschädigt. Bei seinem Auftauchen veranlasse man Borchert, seine Schuld zu regeln und teile ferner seine Adresse dem Vorsitzenden der Zahlstelle mit: Heinrich Krause, Marienwerder (Westpreußen), Alte Schützenstr. 14.
Gau 4. Bezirk 8, Thüringen—Erfurt. Zahlstellen, die den für Steinseher, Rammer und Hilfsarbeiter in Frage kommenden Bezirksbeitrag (pro Mitglied und Quartal 25 Pfg.) noch nicht abgeführt haben, werden aufgefordert, es umgehend zu tun. Einige Zahlstellen haben für dieses Jahr noch gar nichts abgeführt, diese werden besonders ermahnt. Die Adresse des Bezirksleiters ist nach wie vor: Karl Seeber, Erfurt, Sendliststraße 15.
*
Das 35jährige Stiftungsfest begehrt am 1. November die Zahlstelle Lübeck, verbunden mit Ehrung der Jubilare. Die Feier, die infolge der Wirtschaftslage in bescheidenen Grenzen gehalten werden soll, beginnt um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus. Die umliegenden Verbandszahlstellen und ihre Mitglieder sind zu der Feier herzlich eingeladen.
*
Vertlicher Reisezuschuß wird nicht mehr gezahlt in Tangermünde, Klein-Steinheim, Ferdinandshöhe, Prenzlau und in Wesermünde-Bremerhaven.

Wenn die deutsche Unternehmerschaft durchweg aus solchen Leuten bestünde, dann wäre es ohne größere Schwierigkeiten möglich, zu einer Verkürzung zu kommen. Leider ist dies nicht so. Die übergroße Mehrzahl der Unternehmer besteht aus dickköpfigen Scharfmachern, die vom alten Vorkriegsgeist befangen sind und die gegenwärtige reaktionäre Welle benutzen wollen, um nicht nur alle Errungenschaften zu beseitigen, sondern auch der Arbeitererschaft eine verlängerte Arbeitszeit aufzubürden.

Kursstürze an der Börse. An der Effektenbörse sieht es sehr flau aus. Bis Anfang Oktober sind die Wertpapierkurse an den deutschen Börsen derartig gesunken, daß sie vielfach kaum die Hälfte des Wertes repräsentieren als am Jahreschluß 1929. Das Börsenpublikum ist über den Wahlausgang und die Unsicherheit der deutschen Verhältnisse derartig bestürzt, daß es seine Wertpapiere selbst zu den niedrigsten Kursen loszuschlagen versucht. Wenn auch an den Weltbörsen Kursrückgänge allgemein zu beobachten sind, so erfolgen sie in Deutschland in weit höherem Maße. Die Verluste des Effektenpublikums in diesem Jahre werden auf mehr als 2 Milliarden Mark geschätzt. Wie mancher von diesen Herrschaften wird durch seine Stimmenabgabe bei der Reichstagswahl zu diesem Ergebnis beigetragen haben!

Was muß man von der Volksfürsorge wissen?

Lebensversicherung und Sparkasse
Es charakterisiert die auf dem Gebiete der Versicherungsweßens bestehende Unkenntnis weiter Volkstriebe, wenn sich der Versicherungsstandort bei Abschluß einer Versicherung die Frage vorlegt, ob er durch den beabsichtigten Abschluß ein „Geschäft“ macht oder nicht. Zu diesem Zwecke pflegt er sich auszurechnen, wieviel während der gesamten Versicherungsdauer an Prämien eingezahlt und wieviel nach regulärem Ablauf der Versicherung an Versicherungssumme ausgezahlt wird. Eine derartige Berechnungsweise ist grundfalsch und wird dem Wesen der Versicherung in keiner Weise gerecht.

Die Lebensversicherung in ihrer Eigenart kann nicht verglichen werden mit einer Sparkasse, sondern nur mit Einrichtungen, bei denen das Risiko eine wesentliche Rolle spielt, zum Beispiel mit der Feuer-, Kranken- und Unfallversicherung. Bei diesen Versicherungsarten fällt es keinem Menschen ein, eine derartige vergleichende Rechnung aufzustellen; denn man weiß nicht, ob jemals der Versicherte erkrankt, einen Unfall oder einen Brandschaden erleidet. Hier sind unter Umständen die sämtlichen Jahre hindurch gezahlten Prämien „umsonst“ geleistet. Nur dafür, daß man überhaupt versichert gewesen ist, daß heißt, das Risiko auf die Versicherungsunternehmen abgewälzt hat, sind die Beiträge geleistet worden.

Die Sparkasse nimmt Beträge entgegen, verzinst sie und schlägt die Zinsen in bestimmten Zwischenräumen zum Kapital. Bei eintretendem Bedarf des Sparerz kann die Sparkasse natürlich nur den Betrag auszahlen, der einschließlich der aufgelaufenen Zinsen jeweils vorhanden ist. Ganz anders die Versicherungsgesellschaft! Diese hat sich dem Versicherungsnehmer gegenüber bei Abschluß der Versicherung auf Grund der Versicherungsbedingungen verpflichtet, die beantragte Versicherungssumme nicht nur bei Ablauf der Versicherung auszus zahlen, sondern auch bei vorher eintretendem Tod, gleichgültig, wieviel Prämien bis zu diesem Zeitpunkt entrichtet waren. Beim Tode durch Unfall wird die Versicherungssumme sogar doppelt gezahlt, sofern die monatliche Prämie mindestens 2 Mark betragen hat und der Tod innerhalb zweier Monate nach dem Unfallereignis eintritt.

Nach diesen Betrachtungen darf bei der Beurteilung einer Lebensversicherung nie außer acht gelassen werden, daß die Gesellschaft nach den Bedingungen bei vorherigem Tode des Versicherten in jedem Falle die volle Versicherungssumme zu zahlen hat, gleichgültig, wieviel der Versicherte an Prämien bis zu seinem Tode hat leisten können. Durch die Lebensversicherung genießen die Angehörigen des Versicherten die große Beruhigung, schon bei früh eintretendem Tode ihres Ernährers durch eine größere Summe vor der schwersten Not und Sorge geschützt zu sein.

Wie ausländische Gewerkschafter die deutschen Verhältnisse sehen. Der Ausgang der deutschen Wahlen und die dadurch verursachte katastrophale zugespitzte deutsche Wirtschaftskrise hat im Ausland beinahe eine größere Beachtung gefunden als in Deutschland selbst. Ein Blick in die ausländische Presse beweist dies. Mit großer Sorge schauen namentlich die ausländischen Gewerkschaftsgenossen auf die Entwicklung hierzulande. Die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 41 einen Artikel unter dem Titel: „Was Nationalsozialisten kosten.“ Die folgenden Auszüge aus diesem Artikel geben wir zur Charakteristik der ausländischen Stimmung wieder. Diese Sätze bedürfen keines Wortes der Ergänzung:

„Man darf sagen, daß Deutschland unter sozialistisch-Stresemannscher Außenpolitik in einer geradezu verblüffend kurzen Zeit wieder kreditfähig geworden ist. Die Art und Weise, wie das Ausland die Sünden der Inflation zu vergeben begann, war kaum erwartet, und es schien eine Zeitlang, als ob sich alle in Konzeptionen überbieten wollten. Sozial Vertrauen haben die Sozialisten im Verein mit Stresemann der Welt einzuführen vermocht. Dieses Vertrauen, das, so wie die Dinge realpolitisch liegen, das höchste deutsche Aktium und die beste Garantie zur Ueberwindung der Krise war, dieses Vertrauen ist durch die nationalsozialistischen Wahlen und mehr noch durch das Teufelsmächeln der Regierung mit den Nationalsozialisten jäh, sehr jäh, in die Brüche gegangen, und so will heute niemand mehr zu normalen Bedingungen dorthin Geld geben, wo man droht, mit dem Gelde Europa in Brand zu stecken und wo große Parteien versichern, daß für sie alle Verträge wie Anno 1914 Papierfetzen seien. Ja, nicht nur ist aus Deutschland Kapital zurückgezogen worden, die Deutschen selber flüchten ihre Kapitalien in vermehrtem Maße ins Ausland. So werden zum Beispiel die Schweizer Banken von deutschen Fluchtgeldern direkt überlaufen. (Unsere niederen Schweizer Zinssätze sind zum Teil auf die deutsche Kapitalflucht zurückzuführen.) Den zahlenmäßig besten Ausbruch der deutschen Vertrauenskrise findet man aber in den Börsennotizen deutscher Aktien und Rentenpapiere. Es ist heute einfach nicht möglich, mit deutschen Anleihen vor die Zeichner zu treten. Das mag für Katastrophenhuben etwas Herrliches sein. Verantwortliche Vertreter der Arbeitererschaft müssen sich aber sagen, daß Deutschland ohne Auslandskapitalien nicht auskommt, und daß es deshalb ein Verbrehen an den Interessen der Arbeiter ist, wenn man durch Krakehlereien die deutschen Kredite verteuert und gleichzeitig eine Kreditnot verursacht, die die Arbeitslosigkeit katastrophal vergrößern muß. Von der deutschen Entwicklung hängt auch für die internationale Krise sehr viel ab. Je nach der deutschen Vernunft oder Unvernunft werden wir ein Ansteigen oder ein Fallen der guten Konjunkturaussichten feststellen müssen. Je nach der deutschen Vernunft oder Unvernunft werden auch wir und alle andern leiden: Und deshalb ist es im Jahre 1930 nicht mehr wahr, daß jedes Volk das Recht hat, nach seiner Façon selig zu werden.“

Adressenänderungen

- 2. Gau: Reichenbach i. Schl. Kass.: Hermann Fuhs, Langensbielauer Str. 31, pt.
- 10. Gau: Zierenberg. Kass.: Karl Weber, Langestr. 138.
- 11. Gau: Friedland. Kass.: Walter Luplow, Eisenstr. 6.

Bücher und Zeitschriften

Die Tarifverträge in Deutschland Ende 1929. Ergebnisse der Tarifstatistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bearbeitet von Wladimir Bogdanoff. 1. Sonderheft der Gewerkschafts-Zeitung. Dtn. N. 4, 67 Seiten. Berlin 1930. Verlagsgeellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 4,50 Mark, Organisationspreis 3 Mark.
Das Heft enthält außer dem Vorwort, das die Grundlagen der neuen Statistik erklärt, zwei Teile. Der 1. Teil gibt eine textliche Darstellung des Tarifwesens der Gewerkschaften, der 2. Teil bringt Tabellen. Es werden die nachfolgenden Fragen untersucht: Bestand an Tarifverträgen — Vertragsparteien — Räumlicher Geltungsbereich der Tarifverträge — Zahl der an den Tarifverträgen beteiligten Personen — Zeit des Inkrafttretens der geltenden Tarifverträge — Direkte Verhandlungen, tarifvertragliche und behördliche Schlichtung bei den Tarifbeständen — Streits und Ausperrungen bei den Tarifbeständen — Einteilung und Ergebnisse der Schlichtungsverfahren — Annahme der Schlichtungspraxis — Einteilung und Ergebnisse der Verhandlungsverfahren — Räumigungsstellen der geltenden Tarifverträge. — Die neue Statistik des ADGB steht an, das Tarifwesen, eines der wichtigsten Gebiete der gewerkschaftlichen Arbeit, einheitlich und systematisch zu durchleuchten. Die wertvolle Unterföhrung, die der statistischen Abteilung des ADGB von den Verbänden erteilt wurde, hat es ermöglicht, eine Menge von Erscheinungen auf diesem Gebiet klar und durchsichtig zu machen, über die bis jetzt unvollkommene Vorstellungen herrschten.
„Maktierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats in Europa“, von Otto Kühle. Band I. 616 Seiten. Verlagsformat. 492 Illustrationen auf holzfreiem Illustrationspapier. Ganzleinen geb. 18 Mark. Neuer Deutscher Verlag, Berlin W. 8.
Der Einband des gesamten Bandes übertrifft die Wirkung der einzelnen Lieferungen. Mit den üblichen Sittengeschichten hat Kühles Werk nichts gemein, denn Kühle setzt Sitten nicht mit Sittlichkeit gleich, sondern versteht unter Sitten sämtliche Lebensformen der arbeitenden Klasse. Das Leben des Proletariats wird zum Gegenstand einer allgemeinverständlichen, wissenschaftlichen Unterföhrung gemacht.

Anzeigen

Bezirke Michendorf, Potsdam, Caputh, Saarmund. Steinleher und Berufsgenossen.

Sonntag, 26. Oktober, um 14 1/2 Uhr, im Volkshaus Michendorf, Versammlung aller Steinsetzer und Berufsgenossen der genannten Bezirke. Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Kündigung des Tarifvertrages. Referent Kollege L. Taage. 3. Bericht über die Arbeitsbeschaffung. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Achtung! Steinleher und Berufsgenossen im Tarifbezirk Groß-Berlin und Brandenburg

Durch Rundschreiben sind die Arbeitgeber benachrichtigt, daß die Wohlfahrtsbücher für dieses Jahr zum 5. November ordnungsgemäß abzuschließen und bei der Lohnzahlung am 7. November den Arbeitnehmern auszuhändigen sind.
Jeder Kollege hat darauf zu achten, daß die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden genau eingetragen und dementsprechende Marken geklebt sind.
Des weiteren ist darauf zu achten, daß Name, Geburtsdatum, Beruf und Adresse auf der Titelseite deutlich vermerkt sind. Etwas Unrichtigkeiten sind sofort der Firma mitzuteilen, evtl. muß die Ortsverwaltung benachrichtigt werden.
Vom 10. November bis 18. November werden die Bücher im Ortsbüro, Engelauer 25, Zimmer 47, entgegengenommen.
Wohlfahrtsbücher, die bis zum 18. November d. J. nicht abgeliefert sind, verlieren ihre Gültigkeit und werden unter keinen Umständen verrechnet.
Jeder Kollege hat sich über das abgegebene Wohlfahrtsbuch eine Quittung geben zu lassen.
Ohne Quittung erfolgt später keine Auszahlung.
Die Auszahlungstermine werden später an dieser Stelle bekanntgegeben.
Der Obmann der Schlichtungskommission.

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brochtangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Taake, Berlin N 31 Brunnenstraße 82
Steinarbeiterheraus aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 15.- Mk., aus II-Drahtleder 9.- und 6.50 Mk., Mauersocken 1.20 Mk. Echt Lindner-Mauersocken Qual. I 17.- II 13.- III 11.- Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis.
Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2
Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen. (Für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6)

Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
In Hamburg am 12. September der Steinsetzer Friedrich Ladders, 74 Jahre alt, Schlaganfall.
In Demitz-Thumitz am 20. September der Hilfsarbeiter Johannes Biebas, 24 Jahre alt, tödlicher Unfall; am 22. September der Pflastersteinmacher Gustav Schäfer, 58 Jahre alt, Freitod; am 7. Oktober der Brecher Otto Berger, 39 Jahre alt, tödlicher Unfall.
In Sorau N.-L. am 7. Oktober der Hilfsarbeiter Karl Gasch, 27 Jahre alt, Freitod.
In Pirna am 8. Oktober der Hilfsarbeiter Johann Sicksch, 39 Jahre alt, tödlicher Unfall.
In Wirsberg am 9. Oktober der Granitsteinmetz Andreas Sachs, 59 Jahre alt, Hertschlag.
In Dürkheim am 11. Oktober der Sandsteinmetz Jakob Butz, 45 Jahre alt, 20 Wochen krank, Staublung und Tuberkulose.
In Striegau am 11. Oktober der Granitsteinmetz Hermann Scholz, 42 Jahre alt, tödlicher Unfall.
In Berlin am 16. Oktober der Sandsteinmetz Karl Sowade, 46 Jahre alt, 1 1/2 Jahr krank, Lungentuberkulose.
EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Wiedler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Der Bundesausschuß des ADGB zur gegenwärtigen Lage

Der einzige Gegenstand der Tagesordnung der Bundesausschußsitzung am 12. und 13. Oktober im Gebäude des Reichswirtschaftsrates zu Berlin war: „Die Stellungnahme zu der Wirtschaftskrisis und Finanzkrisis.“

Wir befinden uns in Deutschland und fast in der ganzen Welt in einer Wirtschaftskrise, wie sie in solchem Ausmaß wohl noch niemals dagewesen ist. Ich kann es mir in diesem Kreise verlagern, die Schwere der Krise an Hand von Zahlenmaterial zu erhärten.

Ob wir zur Zeit Auslandsanleihen zum Zwecke der Arbeitsfinanzierung erhalten können, erscheint also zweifelhaft. Der laufende Reichshaushalt hat ein Defizit von rund 1 Milliarde Reichsmark.

Ueber die allgemeine Lage in Deutschland sagen wir in der von uns vorgelegten Entschließung:

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenhaft gezogen. Seine Verzerrung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verhärtet wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In einem Augenblick, wo der Druck auf die Löhne so stark ist, erhält die Frage der Preishöhe eine besondere Bedeutung. Die Unternehmer glauben eine Preisentzug nur nach vorübergehender Lohnsenkung und im Ausmaß dieser Lohnsenkung durchzuführen zu können.

Die Unternehmer, die über die Höhe der Löhne klagen, beachten nicht, daß zwar der Lohn des einzelnen ein wenig erhöht sein mag, daß aber infolge der Rationalisierung in der Regel die ausgezahlte Lohnsumme ganz beträchtlich gesunken ist.

müssen wir verlangen, daß auch die landwirtschaftlichen Produkte in ihren Preisen der Kaufkraftminderung der städtischen Bevölkerung entsprechend sinken. Wir würde eine solche Stellungnahme bedauern, aber wir könnten es auf die Dauer nicht mit ansehen, daß auf der einen Seite die Lebenshaltung des Arbeiters herabgedrückt wird, während auf der anderen Seite die Inlandspreise für Roggen und Weizen, für Zucker, für Gerste und Hafer weit über den Auslandspreisen stehen, und daß demzufolge die Gefahr besteht, daß auch die Viehpreise im Inland in Kürze sich weit über die Preise des Auslandes erheben.

Im nächsten Absatz der Entschließung ist zu den Plänen der Reichsregierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft Stellung genommen. Der Plan der Regierung enthält keinen Vorschlag zur stärkeren Anforderung des Wohnungsbaues, obwohl das im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage und die schlechten Wohnverhältnisse der breiten Massen der Bevölkerung die Voraussetzung hätte sein müssen.

Die Kürzung der öffentlichen Gelder für den Wohnungsbau nötigt zu einer starken Einschränkung der Wohnungsbautätigkeit. Nach dem Plane der Regierung sollen von 1931 ab jährlich nur noch 165 000 Wohnungen mit Hilfe von Hauszinssteuernhypotheken gebaut und weitere 50 000 Wohnungen ohne jegliche Zuschüsse vom freien Kapitalmarkt aus finanziert werden.

Ab 1. April 1926 soll die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau gänzlich in Wegfall kommen. Damit gibt die Regierung den Wohnungsbau völlig der privaten Bauwirtschaft preis, obwohl die Verhältnisse der Vorkriegszeit bewiesen haben, daß die Privatwirtschaft ihre Aufgabe in bezug auf den Kleinwohnungsbau nicht lösen konnte.

Auffallend ist, daß die Regierung kurzerhand 400 Millionen RM dem Wohnungsbau entziehen will, andererseits aber von einer besseren Ausgestaltung der Hauszinssteuer, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert wird, absieht.

Nach dem Regierungsplan soll auch der Mieterschutz in den nächsten Jahren weiter gelockert werden und am 1. April 1936 ganz in Wegfall kommen. Auch hier hat die Regierung den Forderungen der Hausbesitzer glatt nachgegeben.

Der zweite Abschnitt der vorgelegten Entschließung behandelt dann im besonderen die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Es heißt darin zunächst:

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen.

Von jeher sind die Gewerkschaften für eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Hatten wir früher den Achtstundentag deshalb gefordert, weil wir dem Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein verschaffen wollten, weil wir ihm einige Stunden zur freien Betätigung seiner körperlichen und geistigen Kräfte gewährleisten wollten, so haben wir die 44-Stunden-Woche in Stockholm auf dem Internationalen Gewerkschaftskongress aus wirtschaftlichen Gründen gefordert.

Nun hatten wir uns freilich die Durchführung einer Arbeitszeitverkürzung für die Zeit eines Aufblühens der Wirtschaft vorgestellt. Jetzt aber werden wir dazu gedrängt, uns mit der gleichen Frage für die Zeit einer Wirtschaftskrise zu beschäftigen.

Der Bundesausschuß fordert infolgedessen eine gesetzliche 40stündige Arbeitszeit solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benutzung der öffentlichen Arbeitsvermittlung.

Wir haben uns ein Bild davon zu machen gesucht, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden wohl wirken könnte. Wir haben der Voricht halber die Kleinbetriebe, die Landwirtschaft und die Hauswirtschaft ausgeschlossen, die schon bestehende Kurzarbeit berücksichtigt und auch das Baugewerbe mit seinen besonderen Bedingungen sowie den Bergbau, bei dem bereits jetzt zahlreiche Feiertagen eingelegt sind, außer Ansatz gelassen.

Es ist weiter der Einwand erhoben worden, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch Intensivierung der Arbeit, also durch verstärktes Arbeitstempo der Arbeiter im Betrieb, wettgemacht würde.

Man hat auch das Kaufkraftargument angeführt, aber dabei doch wohl übersehen, daß die Gesamtkaufkraft nicht geschmälert wird, sondern nur eine Verschiebung der Kaufkraft stattfindet, und daß auch die Art der Kaufkraft insofern nicht verändert wird, als der bisher Arbeitslose voraussichtlich nicht in erster Linie seine Ernährung verbessern wird, sondern zuerst an einen Ersatz für seine abgetragene Kleidung denken muß.

Wir können freilich nicht darauf bauen, daß die Unternehmer von Ausnahmen abgesehen — sich für den Gedanken einer Arbeitszeitverkürzung begeistern werden. Was sie fordern, ist eine Verkürzung der Stundenlöhne, die ihnen eine Verbilligung der Produktionskosten gewährleistet, nicht aber eine Verkürzung der Wochenlöhne auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung.

Gegen die Ueberarbeit haben wir bisher wenig genug erreicht. Vor einigen Wochen hat die „Gewerkschaftszeitung“ eine Aufstellung des Gesamtverbandes über die Arbeitszeit in den Frauengruppen, Elektrizitäts- und Wasserwerke, Gesundheitswesen, Gärtnereien usw. gebracht, und mit schmerzlichem Bedauern haben wir festgestellt, daß die tatsächliche Arbeitszeit auch jetzt noch teilweise recht erheblich über der normalen Arbeitszeit liegt.

Dann werfen wir in der Entschließung eine Frage auf und stellen eine Forderung, auf die sich Ihre besondere Aufmerksamkeit lenken muß. Wir sagen:

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgeltes auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Nach den letzten Ausweisungen sind allein in der Reichsverwaltung 51 600 Ruhegehaltsempfänger mit einer Gesamtrentenlast von 200 Millionen RM jährlich. Davon entfallen 36 000 Pensionen auf ehemalige Reichswehrangehörige mit einem Gesamtrentenbetrag von 140 Millionen RM. Dazu treten weitere 4500 Wartegeldempfänger mit jährlich 18 Millionen RM Rentenlast. Die Reichsbahn zählt 116 000 Ruhegehaltsempfänger und 21 000 Wartegeldempfänger.

geldempfänger mit zusammen 360 Millionen RM an Pensionen. Ueber die Zahl der Pensions- und Wartgeldempfänger bei der Reichspost, die sehr zahlreich sind, sind im Augenblick positive Angaben nicht erhältlich. Ebenso sind positive Zahlen über die Pensions- und Wartgeldempfänger in den Ländern und Gemeinden im Augenblick nicht erhältlich. Nach einer Zusammenstellung von Kinner (im Freien Wort 1930, Heft 33) sind für Pensionen und Wartgelde insgesamt im Deutschen Reich mit etwa 1,9 Milliarden RM zu rechnen.

Die große Mehrzahl der hiernach auf etwa 750 000 zu berechnenden Zahl der Empfänger kann von den Pensionen usw. gut leben, ohne daneben noch beruflich tätig sein zu müssen und anderen, die nur auf ihren Arbeitsverdienst angewiesen sind, den Arbeitsplatz wegzunehmen. Wir verlangen deshalb, daß diese Hunderttausende Pensionsempfänger ihre Arbeitsplätze räumen, wozu sie sich von selbst entschließen werden, wenn ihnen der Arbeitsverdienst auf ihre Bezüge angerechnet wird.

Und nun ein Wort zu den Notverordnungen, soweit es sich um ihren sozialpolitischen Inhalt handelt.

Den Abbau der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, wie er durch die Notverordnung des Reichspräsidenten gegen unseren Widerstand durchgeführt worden ist, lehnen wir auch heute noch ab. Wir sind der Ueberzeugung, daß auf dem Wege über die Kürzung der sozialen Leistungen weder der Arbeitslosigkeit entgegenwirkt werden kann, noch die Finanzen des Reiches saniert werden können. Nur die weitere Verbitterung und Verelendung der Arbeitslosen kann die Folge dieser Maßnahmen sein. Wir müssen darum fordern, daß an Stelle dieser unterstützten Reform die ordentliche Gesetzgebung tritt und daß der Reichstag eine grundsätzliche Revision der zum Teil sozial völlig ungerechten Bestimmungen der Notverordnung im Sinne unserer Forderungen vornimmt.

Eines der dringendsten Probleme ist die Neuregelung der Versorgung der immer zahlreicher werdenden langfristigen Erwerbslosen, die keine Ansprüche mehr an die Arbeitslosenversicherung haben. Die Krisenunterstützung wird ihrer Aufgabe heute nur noch in geringem Umfange gerecht. Neben 472 000 Krisenunterstützten zählen die Gemeinden zur Zeit etwa 550 000 unterstützte Wohlfahrts-erwerbslose. Ohne beträchtliche Ausdehnung der Krisenunterstützung muß sich das Verhältnis immer mehr zuungunsten der Gemeinden verschleppen. Dieser Belastung sind jedoch die Gemeinden auf die Dauer nicht gewachsen. Zahlreiche Gemeinden haben bereits ihr Unvermögen erklärt, während in anderen Gemeinden nur ganz geringfügige Unterstützungen (Familienväter erhalten 4 bis 5 RM wöchentlich) gewährt werden.

Die Krisenunterstützung muß grundsätzlich auf alle Berufe und für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden. Der neue Verordnungsentwurf des RM sieht zwar grundsätzlich die Einbeziehung aller Berufsgruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und der häuslichen Dienste und die Ausnahme der Arbeitslosen unter 21 Jahren vor. Diese letztere Einschränkung muß bei der großen Zahl der erwerbslosen Jugendlichen als sehr gefährlich erscheinen. Völlig unmöglich sind aber die vorgeschlagenen radikalen Kürzungen der Leistungen. Es sollen die Unterstützungssätze um mehrere Lohngruppen herabgesetzt werden und außerdem soll eine Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden, die selbst bei einer Armenfürsorge als drakonisch empfunden werden müßte. Jedes Lohnneinkommen in der Familie wird bis auf einen Betrag von 15 RM wöchentlich auf die Unterstützung voll angerechnet. So würde z. B. künftig, wenn in einem gemeinsamen Haushalt, in dem außer den Eltern ein erwachsener Sohn und fünf unversorgte Kinder leben, der arbeitslose Vater nur noch 1,45 RM Unterstützung wöchentlich erhalten, wenn der erwachsene Sohn ein Lohnneinkommen von 35 RM wöchentlich hätte.

Außerdem wird die Höchstdauer der Krisenunterstützung von 39 auf 32 Wochen herabgesetzt. Arbeitslose, die infolge nur vorübergehender Beschäftigung keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben haben und die bisher Krisenunterstützung erhalten konnten, wenn sie in den letzten 32 Wochen 13 Wochen gearbeitet hatten, sollen nun völlig aus der Krisenunterstützung ausscheiden. Die Belastung der ohnehin zusammenbrechenden Gemeinden wird dadurch in Zukunft noch erheblich größer sein.

Deshalb schlagen wir Ihnen vor, zu beschließen:

„Der Bundesauschuss fordert weiter die Befreiung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichshaushalt. Die Arbeitslosenunterstützung soll auf die Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.“

Ich komme schließlich zum dritten Abschnitt der Entschliebung, der von den Reparationslasten handelt. In dieser Zeit schwerster Wirtschaftsnöte wird die Belastung, die dem deutschen Volke aus den Reparationsverpflichtungen erwächst, um so nachhaltiger empfunden. Wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß es uns zweifelhaft erscheint, ob die deutsche Wirtschaft die Reparationsbelastung auf die Dauer tragen könne. Wir haben immer wieder betont, daß die Voraussetzung für eine reibungslose Durchführung der uns auferlegten Zahlungsverpflichtungen darin bestehen müsse, daß uns die ausländischen Märkte für den Absatz unserer Industrieprodukte offenstehen. Wir haben ebenso wie die Sachverständigen des Young-Planes darauf hingewiesen, daß der Young-Plan nicht nur auf wirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut sei, sondern politischen Rücksichten weitestgehend Rechnung trage. Wir sind trotzdem für die Annahme dieses Planes eingetreten, nicht weil wir die durch ihn auferlegten Lasten als gering erachteten, sondern weil er im Vergleich zu dem bisher geltenden Dawes-Plan zweifellos eine Entlastung bedeutete, eine Entlastung, die von Sachverständigen auf 20 bis 25 v. H. geschätzt worden ist. Diese Entlastung ist aber wegen der augenblicklichen Wirtschaftskrise nicht sichtbar in Erscheinung getreten. Wir müssen sogar sagen: Infolge des Wachstums dieser Krise, infolge der sich mehrenden Arbeitslosigkeit ist das Volkseinkommen erheblich zurückgegangen, so daß die Reparationsverpflichtungen uns vergleichsweise viel härter treffen als in den Zeiten guter Konjunktur. Deshalb sagen wir in der vorgelegten Entschliebung:

„Angeichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiebergummachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährdet.“

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unbeschreiblichen Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigen Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Uebernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gelunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszufalten.“

Zu dem Vorhergesagten kommt noch ein anderes: Seit einiger Zeit machen Finanzsachverständige darauf aufmerksam, daß der Wert des Goldes, sei es infolge abnehmender Goldproduktion, sei es infolge größerer Nachfrage, im Steigen begriffen ist. Wenn diese Tendenz, die sich seit einiger Zeit bemerkbar macht, anhalten sollte, dann würde dies bedeuten, daß wir in den nächsten Jahren viel mehr bezahlen müßten, als nach dem Youngplan vorgesehen ist. Denn um die nötigen Devisen zu erhalten, müßten wir viel mehr Fertigwaren ausführen als bisher. Eine derartige Mehrzahl ist aber unmöglich, da erstens die Weltkaufkraft in ständigem Sinken begriffen ist und damit unsere Absatzmöglichkeiten sich verringern, und daß zweitens die Tendenz aller Staaten, sich gegen ausländische Einfuhr abzusperren, im Steigen ist und damit eine weitere Erschwerung unseres Exportes erfolgen muß. Gerade die Vereinigten Staaten von Amerika, denen letzten Endes die Reparationszahlungen zufließen, haben sich neuerdings durch gewaltige Zollmauern gegen die Einfuhr ausländischer Waren abgeschlossen.

Sehen wir uns die Ziffern der Außenhandels-Statistiken für die letzten Monate an. Gegenüber dem Vorjahre ist der Export an Fertigwaren um über 10 v. H. gesunken. Wir stehen also vor der Frage: Wie können die Reparationsverpflichtungen in der nächsten Zeit überhaupt bezahlt werden, und wie können sie bezahlt werden, ohne daß die Arbeiterchaft durch Schmälerung oder gar Abbau der sozialen Errungenschaften besonders belastet wird? Die Revision des Young-Planes ist also eines der brennendsten weltpolitischen Probleme geworden.

Damit glaube ich, in der gebotenen Kürze das Notwendige für die folgende Aussprache gesagt zu haben, für die Aussprache, deren Wichtigkeit für unsere Gewerkschaften, für die gesamte Arbeiterchaft und das ganze Volk genügend klar sein wird. Und ich möchte im Zusammenhang mit dem zu den Reparationsverhandlungen Gesagten schließen, mit den eindringlichen Sätzen, die wir an den Schluß dieses Abjaches der Entschliebung gestellt haben, nämlich:

„Die deutsche Arbeiterchaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ersten Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der Arbeiterchaft, sondern sie erkämpft die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterchaft der gesamten Welt heute leidet.“

So schwer die Zeit ist, in der wir heute zusammengesetzt sind, ebenso schwer lastet auch die Verantwortung auf uns allen für die Beschlüsse, die wir jetzt gemeinsam entscheiden und beraten wollen. Möge niemand mit seiner Meinung zurückhalten und jeder mit gutem Rat und im Bewußtsein seiner Verantwortung dazu beitragen, daß wir zu guten und richtigen Beschlüssen kommen.

(Aussprache folgt im nächsten „Steinarbeiter“.)

Besteht eine Krise der internationalen Sozialpolitik?

Durch die Unternehmerpresse gehen in letzter Zeit Artikel, in denen unter Darstellung der Ereignisse auf der diesjährigen Internationalen Arbeitskonferenz der Versuch gemacht wird, eine Krise der Genfer Sozialpolitik festzustellen. Man kann zu diesen Versuchen nur mit Heinrich Heine sagen: „Ich kenne die Weisheit, ich kenne den Text, ich kenne auch die Herren Verfasser.“ Es ist nichts anderes als die Ausdehnung des sozialpolitischen Zweipessimismus der Unternehmer auf die internationale Sozialpolitik. Gegenwärtig wird alles getan, um durch die Unternehmerpresse und den durch tausend Kanäle von ihr beeinflussten Tageszeitungen den Pessimismus zu verstärken und die öffentliche Meinung in bezug auf die nationale und internationale Sozialpolitik irreführend zu machen. Wenn unbedingt ein Verlagen festgestellt werden muß, so ist es bedauerlicherweise in viel höherem Maße ein Verlagen der von der allmächtigen Kapitalistenpresse irreführend geleiteten öffentlichen Meinung als ein Verlagen der Genfer Institutionen. Dies ist ein neuer Beweis dafür, daß diesen Einrichtungen zur Propagierung ihrer Aufgaben weit größere Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, damit sie in der Lage sind, in gleichem Maße auf die öffentliche Meinung Einfluß zu nehmen, wie dies die Unternehmer und die von ihnen unterstützte Presse in negativem Sinne tun.

In einem Artikel „Ruhr und Rhein“, Wirtschaftszeitung Nr. 30, wird Genf kein geringerer Vorwurf gemacht als der, es sei nicht in der Lage gewesen, die ungeheure Wirtschaftskrise der Welt und die in ihrer Folge erscheinende fanatische Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Dies ist ein Mißerfolg der Organisation. Kein Wort steht in diesen Artikeln von der Unfähigkeit der Privatwirtschaft, solche Krisen zu überwinden, kein Wort davon, daß es doch offensichtlich die Schuld einer von der Privatwirtschaft betriebenen und beeinflussten europäischen Politik, die Schuld der unsinnigen Zollmauern, der Schuld der nicht auf die Absatzmöglichkeiten bedachten Rationalisierungspolitik der Unternehmer und einer ständig die Kaufkraft mindernden Lohnpolitik ist, daß wir uns heute mitten in der Krise der kapitalistischen Privatwirtschaft selbst befinden.

Die internationale Arbeitsorganisation in Genf hat in erster Linie die Aufgabe, in internationalem Ausmaße im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten einen international gleichwertigen Arbeiterzuschuß zu schaffen. Auf diesem Gebiete hat die Organisation zweifellos Bedeutendes geleistet, denn in einer 10jährigen Tätigkeit sind 31 internationale Uebereinkommen geschlossen worden, von denen heute schon mehr als 400 Ratifikationen durch 33 Staaten vorliegen. Es ist bekannt, daß in Zeiten wirtschaftlicher Krisen in der Regel auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik ein gewisser Stillstand eintritt, daß das Tempo des Fortschritts verlangsamt wird. Häufig ist es nötig, das bisher Erreichte gegen den Ansturm der sozialen Reaktion zu verteidigen. So war auch die Lage auf der 14. Internationalen Arbeitskonferenz. Die ungeheure Arbeitslosigkeit ist in den Reden der Arbeitervertreter, die von erster Belangnis um das Schicksal der Arbeiterchaft getragen waren, zum Ausdruck gekommen. In den Vorschlägen der Arbeitnehmergruppe wurde mehr als einmal auf die verhängnisvolle Wirkung einer nicht nach sozialen, sondern rein technischen Gesichtspunkten orientierten Rationalisierung, die Unfähigkeit der Sozialpolitik usw. hingewiesen. Dieses ernste Wollen der Arbeitnehmervertreter fand auf der Arbeitgeberseite kein Echo. Statt dessen nörgete man an der Organisation herum, bekräftigte das Verfahren, das zweifellos gewisse Schwächen aufweist, und braut daraus ein Getränk, das man der öffentlichen Meinung als „Krise der internationalen Sozialpolitik“ serviert.

Von den Uebereinkommen wird in den Artikeln der Unternehmerpresse gesagt, daß sie in der Regel über das Niveau sozial hochentwickelter Staaten hinausgehen und daher auch nicht von diesen, geschweige denn von anderen, sozial weniger oder wenig entwickelten Staaten ratifiziert werden können. Diese Behauptung ist eine glatte Unwahrheit. Es dürfte doch allgemein bekannt sein, daß sich die Uebereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenz in der Regel auf einer mittleren Linie bewegen, die nicht nur den sozialpolitisch fortgeschrittenen Staaten die Ratifikation ohne weiteres ermöglicht, sondern auch geeignet sind, die sozialpolitisch weniger fortgeschrittenen Staaten an die internationale Norm sozialer Fürsorge heranzuführen. Erst dadurch wird für die sozialpolitisch an der Spitze marschierenden Staaten die Voraussetzung für den weiteren sozialen Fortschritt geschaffen. Wenn ferner behauptet wird, durch die Genfer Uebereinkommen sei in der Welt eine nicht endenwollende soziale Anraft geschaffen worden, so braucht in diesem Zusammenhang nur auf die 400 Ratifikationen hingewiesen zu werden, die zeigen, daß auf wichtigen Gebieten der Sozialpolitik in 32 Ländern der Welt heute schon einheitliche Maßnahmen bestehen, die zweifellos in höchstem Grade dazu beigetragen haben, die soziale Anraft auf ein Mindestmaß zu beschränken. Wenn aber die Unternehmer auf das Wort von Albert Thomas hinweisen, daß das Werk der Ratifikationen noch immer unbefriedigend sei, weil es Regierungen gibt, die bei der Beratung der Uebereinkommensentwürfe unter allen Umständen den demokratischen Schein wahren möchten und daher eifrig für die Uebereinkommen stimmen, um dann zu Hause die Ratifikationen zu vernachlässigen, muß hier unter allen Umständen klargestellt werden: Die Unternehmer sind hieran nicht unschuldig. Es ist rührend, wie sie sich darüber aufregen, daß in gewissen Staaten, die internationale Uebereinkommen ratifiziert haben, die Durchführung mangelhaft ist. Zunächst darf hervorgehoben werden, daß solche Mängel in der Tat auf der Konferenz auf Grund der Berichte festgestellt wurden, zu denen die Regierungen gemäß Artikel 408 des Friedensvertrages verpflichtet sind. Vom sozialpolitischen Standpunkt aus ist es zweifellos ein großer Fortschritt, daß es heute schon eine internationale Stelle gibt, die berechtigt ist, auf Mängel in der Gesetzgebung hinzuweisen, soweit diese nicht den Vorschriften der Uebereinkommen entspricht. Es ist auch eine wertvolle Erfahrung, daß Regierungen, deren Gesetzgebung auf einer Konferenz zu Verhandlungen Anlaß gegeben hat, sich bemühen, diese Mängel bis zur nächsten Konferenz zu beseitigen, weil sie sich fürchten, erneut im Scheinwerflicht der Internationalen Arbeitskonferenz als sozialpolitisch unzuverlässig erkannt zu werden. Im übrigen besteht die Möglichkeit, gegen Staaten, die ihre internationale Verpflichtung nicht erfüllen, gemäß Artikel 411 ff. ein Verfahren anhängig

zu machen. Gemäß Artikel 409 sind auch die Unternehmer berechtigt, einen Einspruch gegen die mangelhafte Durchführung der Uebereinkommen beim Internationalen Arbeitsamt einzubringen. Es steht ihnen also nichts im Wege, auch ihrerseits aktiv an der Durchführung der Uebereinkommen teilzunehmen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stimmung der 14. Internationalen Arbeitskonferenz sehr stark unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise stand. Trotzdem konnte diese Konferenz ein Uebereinkommen über die Arbeitszeit der Angestellten verabschieden, das zwar nicht einem „utopisch lockenden Bild“ ähnlich sieht, sondern außerordentlich nüchtern ist und den sozialpolitisch fortgeschrittenen Ländern zweifellos (wir möchten sagen leider!) nicht zu weit geht. Die Konferenz konnte ferner einen Uebereinkommensentwurf über die Abschaffung der Kolonialzwangsarbeit verabschieden, der deshalb für die Organisation von größter Bedeutung ist, weil sie zum erstenmal an eine die Sozialprobleme der Kolonialpolitik berührende Frage, und zwar mit Erfolg, herangegangen ist. Daß das Uebereinkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau gescheitert ist, dürfte weniger auf die Unfähigkeit der Genfer Organisation als vielmehr auf die widerstrebende Haltung der Arbeitgebergruppe zurückzuführen sein. Jeder denkende Mensch mit Ausnahme der Unternehmer und ihrer besoldeten Schreiber ist sich darüber klar, daß die Arbeitszeit- und Ueberstundenfrage, um die es letzten Endes auch beim Kohlenüber-einkommen ging, schon in kürzester Zeit in großzügiger Weise in Angriff genommen werden muß, als dies bisher geschehen ist.

Wenn die Unternehmer glauben, die von ihnen konstruierte „Krise der internationalen Sozialpolitik“ müsse eine Einschränkung der Arbeiten und des Aufgabengebietes der Internationalen Arbeitsorganisation zur Folge haben, dann sind sie sehr im Irrtum. Die organisierte Arbeiterchaft ist davon überzeugt, daß nur eine stärkere Entwicklung der internationalen Organe geeignet ist, durch bindende Vorschriften die Mängel und Fehler der Privatwirtschaft auszumergen, deren unsinniger Aufbau und auf den Einzelvorteil gerichtetes Streben vorwiegend die Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise tragen. Wir dürfen in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß selbst der ehemalige Reichsarbeitsminister Bauns, der während seiner Amtszeit kein allzu eifriger Förderer der internationalen Sozialpolitik gewesen ist, kürzlich in einer Rede beim Verbandstag der christlichen Bergarbeiter mit Recht betonte: „Wir haben an der Förderung der internationalen Sozialpolitik das größte Interesse. Sie ist für uns eine Lebensfrage.“

Die Arbeiterchaft ist sich darüber klar, daß die Wirksamkeit der internationalen Sozialpolitik in dem Maße, in dem sie in den einzelnen Ländern den entscheidenden Einfluß auf die Politik erhält und in dem es gelingt, den mit großem finanziellen Aufwand herbeigeführten Einfluß der Arbeitgeberpresse auf die öffentliche Meinung zu beseitigen.

Wirtschaftszahlen der Konsumgenossenschaften

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine veröffentlicht die Entwicklungszahlen der ihm angeschlossenen Genossenschaften mit mehr als 400 Mitgliedern im zweiten Vierteljahr 1930, die im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 1929 erkennen lassen, daß trotz der schweren Dauerarbeitslosigkeit nur eine Verlangsamung der Fortschritte zu verzeichnen ist. So betrug die Mitgliederzahl im ersten Vierteljahr 1930 2 905 580 Familien, gegen 2 815 280 Familien im korrespondierenden Vierteljahr 1929, der Warenumsatz rund 291 Millionen Mark (287 Millionen Mark), wobei festgestellt wird, daß einzelne Konsumverbände, die in stark industrialisierten Ländern, wie zum Beispiel Sachsen, ihr Tätigkeitsgebiet besitzen, Umsatzrückgänge zu verzeichnen haben, während wieder andere, wie zum Beispiel Württemberg, einen starken Zuwachs aufweisen, der gegenüber dem zweiten Vierteljahr des Jahres 1929 nahezu die Hälfte des Zuwachses überhaupt zu verzeichnen hat. Die differierende Arbeitslosigkeit zeichnet sich also in der wirtschaftlichen Struktur einzelner Länder sehr stark ab. Im ganzen also noch kein Rückgang, aber eine starke Verlangsamung des Fortschritts, der in dem Augenblick wieder lebhafteres Tempo zeigen wird, wo die Arbeitslosenziffern allgemein sinken.

Die finanziellen Grundlagen der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes sind unverändert gut. So betragen die Geschäftsausgaben der Mitglieder (eigenes Betriebskapital) rund 62 Millionen Mark; sie sind nicht höher als das im Jahre 1929 erzielte Rabatthaben der Mitglieder nebst Reinertrag mit rund 61,6 Millionen Mark. Woraus sich die absolute Wirtschaftlichkeit der Konsumgenossenschaften ergibt, da das eigene Betriebskapital der Mitglieder in einem Jahre durch den erzielten wirtschaftlichen Nusseffekt voll gedeckt wird. Die Reserven aller Art betragen 63,2 Millionen Mark; sie sind gegenüber dem ersten Vierteljahr 1930 um 1,2 Millionen Mark höher. Die Sparanlagen haben den runden Betrag von 401 Millionen Mark erreicht, gegen 388 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1930. Worin sich zeigt, daß die Konsumvereinsmitglieder ihre Warenrückvergütung teilweise der Sparkasse der Genossenschaft überlassen, so daß diese fremdes Geld überhaupt nicht braucht. Man kann ruhig annehmen, daß die 62 Millionen Mark eigenes Betriebskapital der Mitglieder, sowie ein großer Teil der Spareinlagen direkt aus den jährlichen Rückvergütungen stammen, womit der sozialwirtschaftliche Charakter der Konsumgenossenschaften in helle Beleuchtung gerückt wird, und man kann nur wünschen, daß die Verbraucher aller Stände, vor allem Arbeiter, Beamte und Angestellte, aber auch Bauern und Handwerker, in ihrem ureigensten Interesse den Konsumgenossenschaften in noch viel höherem Maße zufließen, als dies gegenwärtig der Fall ist, wo die gesamtdeutsche Konsumvereinsbewegung zwar eine Organisationsziffer von rund 4 Millionen Mitgliederfamilien erreicht hat, aber immer noch um nahezu 2 Millionen hinter der englischen zurücksteht.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine hatte als Warenhandels- und Produktionszentrale der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumgenossenschaften im zweiten Vierteljahr 1930 einen Gesamtumsatz von 291,1 Millionen Mark (1929: 286,7 Millionen Mark), wovon auf die genossenschaftliche Eigenproduktion rund 32 Millionen Mark (28,7 Millionen Mark) entfallen, was als ein außerordentlich günstiges Verhältnis zu bezeichnen ist. Der Anteil der Warenbezüge der Konsumgenossenschaften von der G. G. V. im Verhältnis des Gesamtumsatzes derselben betrug rund 39 Prozent, gegen 37,2 Prozent im zweiten Vierteljahr 1929.

So kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Unternehmungen der Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe trotz der schweren Wirtschaftskrise nicht nur intakt geblieben sind, sondern sich, wenn auch in verlangsamtem Tempo, weiter nach vorwärts entwickelt haben. Genossenschaftlich organisierte Wirtschaft muß die Parole der Verbraucher sein.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.